

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

7/2013

Spendenempfehlung: 2,00 €

Ausgabe November-Dezember 2013

| | |
|--|----|
| Redaktionsnotiz..... | 3 |
| DDR..... | 4 |
| <i>Erich Buchholz</i> : Antwort eines Juristen auf Fragen eines Genossen zur Verfassungswidrigkeit des "Beitritts"..... | 4 |
| <i>B.N.</i> : Wofür das zweite „D“ in DDR stand (Leserbrief aus dem „Gießener Echo“ Oktober 2013)..... | 8 |
| <i>Gerhard Feldbauer</i> : Die Auslandsspionage der DDR half einen Atomkrieg zu verhindern..... | 9 |
| Wider den Anti-Stalinismus..... | 14 |
| Horst Schneider: Die Deutschen und Stalin, Stalin und die Deutschen..... | 14 |

| | |
|---|----|
| Stellungnahme gegen die von der VVN/BdA vorgeschlagene Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus..... | 24 |
| Zur kommunistischen Organisationsfrage..... | 27 |
| <i>Ingo Wagner: Quo vadis? Die Partei „Die Linke“ nach der Bundestagswahl 2013 – mit historischen Notizen.....</i> | 27 |
| <i>Frank Flegel: Zu den Diskussionen um „Stalins langen Schatten“.....</i> | 43 |
| <i>Dieter Itzerott: Wie kann der Gedanke der Einheit reifen – meinen Artikel vom Oktober 2000 weiter gedacht.....</i> | 45 |
| Partei der Arbeit Österreichs..... | 48 |
| <i>Presseaussendung der PdA:</i> | |
| Partei der Arbeit Österreichs gegründet!..... | 48 |
| <i>Partei der Arbeit Österreichs: Beschlüsse und Ergebnisse des PdA-Gründungsparteitages.....</i> | 50 |
| <i>Tibor Zenker: Referat zur Gründungs- und Grundsatzklärung der PdA.....</i> | 53 |
| <i>Redaktion offen-siv: Grußbotschaft an den Gründungsparteitag der PdA.....</i> | 56 |
| Resonanz..... | 55 |
| <i>Fritz Dittmar: Kommentar zu Rozsnyais Beitrag in dem Sonderheft „Ungarn“.....</i> | 57 |

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonten:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

Redaktionsnotiz

Im September 1993 haben wir die erste Ausgabe der offen-siv in unserer Regie mit einem Umfang von 12 Seiten herausgegeben. Die Dezember-Ausgabe 1993 hatte dann schon 52 Seiten, war geheftet und hatte einen farbigen Umschlag. So kann man den Dezember 1993 als Zeitpunkt setzen, an dem die offen-siv das Licht der Welt erblickte. Damit gibt es die offen-siv mit der vorliegenden Ausgabe seit 20 Jahren.

Zum Zeitpunkt der Gründung der offen-siv lag die Katastrophe, nämlich die Niederlage des Sozialismus in Europa, vier Jahre zurück. Als alles auseinanderlief, dachten wir, es sei an der Zeit, einen Beitrag zur Verteidigung und Konsolidierung des Marxismus-Leninismus zu leisten. Wir sahen unsere Aufgabe darin, (entschuldigt bitte die etwas pathetischen Worte, aber sie müssen mal sein) in zutiefst konterrevolutionären Zeiten die schwache Flamme der Revolution durch das tiefe Tal zu tragen und vor dem Erlöschen zu bewahren. Auch wenn es auf dem Wege Illusionen und Fehler gab, so ist uns doch einiges gelungen: wir waren in der Lage, neben der kontinuierlichen Herausgabe der Zeitschrift sieben Bücher zu Themen wie der Verteidigung der DDR, dem Anti-Imperialismus und vor allem der historischen Epochefrage der Ursache unserer Niederlage 1989/90 zu veröffentlichen und eine wirklich sehr solide marxistisch-leninistische Bildungsarbeit zu organisieren. Zur Zeit geht es uns weniger gut (Stichwort Illusionen und Fehler), aber zur aktuellen Situation mehr in den nächsten Heften.

Im dieser Ausgabe geht es schwerpunktmäßig um die Frage der kommunistischen Organisation heute, dazu gehören allerdings auch einige historische Betrachtungen, u.a. über die DDR und ihre „Abwicklung“, über die Auslandsaufklärung der DDR und aus gegebenem Anlass auch (wieder einmal) eine Auseinandersetzung mit dem Antistalinismus. Die Organisationsdebatte kann man natürlich nicht führen, ohne nach Österreich zu schauen, wo die dortige „Kommunistische Initiative“ es geschafft hat, eine marxistisch-leninistische Partei aus der Taufe zu heben, die Partei der Arbeit Österreichs. Dazu einige Berichte und das Referat des Genossen Tibor Zenker vom Gründungsparteitag.

Wir bitten Euch um Spenden!

Spendenkonto Offensiv:

Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv

Ausland: Konto Frank Flegel,

Internat. Kontonummer (IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

| |
|-----|
| DDR |
|-----|

Erich Buchholz: Antwort eines Juristen auf Fragen eines Genossen zur Verfassungswidrigkeit des "Beitritts"

Lieber Genosse, Deine Fragen vollständig zu beantworten, erfordert ein Buch. Dazu fehlt mir die Zeit. Du musst mit einer prinzipiellen Antwort vorlieb nehmen.

Als Marxisten wissen wir, dass das Recht, die Gesetze und ihre Anwendung durch die Behörden, besonders die Justiz eines betreffenden Staates zum Überbau gehören, also nur Ableitungen, Widerspiegelungen oder sonst Reflexe der - vor allem ökonomischen - Basis einer betreffenden Gesellschaft sind. Recht und Rechtsformen verstehen sich nicht aus sich heraus. Maßgebend sind die ökonomischen, politischen und militärischen Machtverhältnisse im betreffenden Lande und heutzutage vor allem auf internationaler Ebene.

Deshalb kann man in Bezug auf die "Herstellung der Einheit Deutschlands" weder die DDR-Verfassungen noch das "Grundgesetz" (GG) und ihre - ggfs. rechtswidrige - Anwendung aus sich selbst verstehen oder erklären. Wir müssen nach den zugrundeliegenden maßgebenden Mächten, den ökonomischen, politischen, ideologischen und militärischen Mächten, fragen.

Bekanntlich ist die BRD als örtlicher Vertreter der Interessen der USA, vor allem deren Interessen in Europa, gegründet worden, wie später die NATO bewies. Die BRD war nur ein Produkt der Politik der USA als Besatzungsmacht: seit Adenauers Zeiten war auf die Beseitigung der DDR, auf ihre "Befreiung", die "Befreiung der Soffjetzone" (Adenauer) Kurs genommen worden. Im Jahre 1990 fiel ihr dieser Wunschtraum - wie ein Geschenk des Himmels - kampflos in den Schoss.

Eine starke sozialistische Sowjetunion hätte niemals die vom Blut ihrer Rotarmisten getränkte Erde in Ostdeutschland kampflos dem Klassenfeind überlassen.

Damit habe ich bereits den hauptsächlichen Grund für das Ende der DDR gekennzeichnet. Die zahllosen unverantwortlichen Mängel und Probleme in der DDR für sich hätten niemals ihr Ende bewirkt. Sie waren nur objektiv vermeidbare, für den

Klassenfeind günstige Bedingungen zur Erreichung seiner Ziele..

Personell nenne ich den Verräter Gorbatschow, der die DDR in Jalta an Kohl - ohne jede Gegenleistung - verkaufte, verschenkte. Aber dieser Verräter konnte auf die maßgebende politische und militärische Position eines Generalsekretärs der KPdSU nur deshalb aufrücken, weil diese Partei und damit die Sowjetunion seit langem kränkelte (ob man mit Kurt Gossweiler auf den nach Stalin deutlich werdenden Revisionismus zurückgehen muss, will ich hier nicht erörtern).

Nachdem die politische, militärische und letztlich auch ökonomische Kernfrage des "Wer - wen" entschieden war, ging es nun - auf der nächsten Ebene - nur noch darum, wie dieser Vorgang des Verkaufs der DDR an die BRD für die Öffentlichkeit juristisch dargestellt wird. Die reaktionären deutschen Juristen haben seit eh und je Übung und Erfahrung mit derartigen Methoden. Ich erinnere an die "Machtergreifung" der Nazis 1933. Sie hatten alsbald tatsächlich alle Macht im Reiche an sich gerissen. Aber solches sah - zunächst - ganz rechtmäßig, ja verfassungsgemäß aus: Der Obermilitarist Generalfeldmarschall von Hindenburg berief in seiner Funktion als Reichspräsident Herrn Schickelgruber (alias Adolf Hitler) zum Reichskanzler.

Damit das Kassieren und Annektieren der DDR, eines souveränen Staates, der anerkanntes UNO-Mitglied war, einigermaßen demokratisch und rechtsstaatlich aussah, mussten einige juristische Winkelzüge gestaltet werden: Im Grundgesetz (GG) hatten dessen "Väter" aus ihrer Sicht und Interessenlage in weiser Voraussicht im Art. 146 eine Bestimmung über die Ablösung des Provisoriums GG durch eine ordentliche Verfassung vorgesehen, nämlich einen gesamtdeutschen Volksentscheid über diese Verfassung. Diese Bestimmung war eindeutig und klar, ein absoluter Gesetzesbefehl, der kein Ausweichen zuließ, zulässt.

Das wusste auch der studierte Jurist Kohl. Aber diesen einzigen verfassungsrechtlich zulässigen Weg, zu dem das GG keine Alternative vorsah, wollte er nicht gehen. Er war ihm politisch zu riskant. Deshalb warf er "sein" GG, namentlich den Art. 146, beiseite und befahl, die politisch erstrebte Einheit unter BRD-Regie über den Beitritt gem. Art. 23 GG vorzunehmen. Das war ein ganz offener und offensichtlicher beispielloser Rechts-, ja, Verfassungsbruch, wie er mir aus der deutschen Rechtsgeschichte so nicht geläufig ist.

Angesichts dieses offensichtlichen Rechtsbruchs vermied und verbot Kohl jede Diskussion darüber (er war ja auch feige und scheute solche Diskussion, die seinen Kanzlerposten bei den fälligen BT-Wahlen gefährdete) und ließ seinen Willen, seinen

Kanzlerbefehl, durch sein Presse- und Informationsamt als definitive, keine Erwägungen über Alternativen mehr zulassende Entscheidung - kurz vor den Volkskammerwahlen - im März 1990 so publik machen, dass alle Bundespolitiker wussten, "wie der Hase zu laufen" hat.

Damit war der Weg vorgegeben. Gleichwohl musste einiges inszeniert werden. Das Szenario übernahm Wolfgang Schäuble.

Zu diesem Szenario gehörte die Bildung eines kohlhörigen Wahlvereins "Allianz für Deutschland" und natürlich die massenhafte Überflutung der DDR mit westdeutschen, vor allem kohlhörigen Politikern. Die so konstruierte kohlhörige Volkskammernmehrheit diente ihrem Herrn uneingeschränkt. Alle von Kohl geforderten Beschlüsse dieser Kohl-Volkskammer kamen - wie auch immer - zustande.

Um den verfassungswidrigen Weg des "Beitritts" zu bewirken, mussten weiterhin mehrere juristische Schritte inszeniert werden, so vor allem in Gestalt von Staatsverträgen zwischen der "Noch-DDR" und der BRD. Dass souveräne - oder anscheinend souveräne - Staaten miteinander Verträge abschließen, ist normal - oder?? Es kommt aber auf den Inhalt solcher Verträge an, vor allem darauf, dass sie die - oder den einen - Vertragspartner nicht unzulässig benachteiligen oder gar "über den Tisch ziehen".

In der jüngeren deutschen Geschichte ist an München zu denken, wodurch der CSR ihre Hoheit über die Sudetengebiete genommen, gestohlen wurde.

Der erste kohlsche Staatsvertrag beseitigte die Währungshoheit der DDR; die Bundesbank regierte ab 1. Juli 1990 in der DDR. Neben dem Staatsgebiet, dem Staatsvolk und der Staatsgewalt gehört seit eh und je die Währungshoheit zu den Merkmalen eines Staates. Staatsgebiet und Staatsvolk der DDR waren spätestens nach den "Volkskammerwahlen" 1990 ohnehin nicht mehr eigenständig, sondern BRD-beherrscht. Spätestens seit Anfang Juli 1990 gab es auch keine souveräne Staatsgewalt der DDR mehr; alle Behörden schauten nur noch nach Bonn. Auch das eigenständige DDR-Recht wurde im Zusammenhang mit diesem Staatsvertrag weitgehend aufgehoben.

Vor allem gehört in diesen Zusammenhang das Treuhandgesetz zur Beseitigung des Volkseigentums in der DDR. Das umfassende Volkseigentum, also gemeinschaftliches Eigentum aller Bürger der DDR (verwaltet durch ihren Staat) wurde ihnen geraubt. Es ging aber nicht in das Eigentum des Staates BRD über, sondern wurde nach diesem Treuhandgesetz interessierten Kapitalisten vor allem aus der BRD, aber auch

aus aller Welt zu Spottpreisen auf dem Tablett serviert. Damit war unsere DDR - bereits Monate vor dem formellen Beitritt - in ihrem Wesen beseitigt durch einen Vertrag, den die "Vertreter" der DDR selbst abschlossen, also selbstmörderisch abgeschlossen haben.

Der zweite Staatsvertrag, der eigentliche Beitrittsvertrag, war dann nur noch eine Formsache. Übrigens war das objektiv klassischer Hochverrat in Gestalt der Einverleibung des eigenen DDR-Staatsgebiets in einen fremden Staat. Der zweite Staatsvertrag bewirkte formell, dass der Staat DDR von der Landkarte verschwand und das Recht dieses Staates, einschließlich ihrer durch Volksentscheid angenommenen Verfassung liquidiert wurde.

Die DDR verschwand auch als Völkerrechtssubjekt und Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft, auch der UNO.

Sie war von der BRD annektiert, vereinnahmt, einverleibt worden. Das war kein Beitritt. Diese beiden Staatsverträge waren somit in der Sache keine Verträge. Es waren Diktate - so wie München.

Schäuble diktierte dem formellen DDR-Repräsentanten Günter Krause, der sich später als Krimineller entpuppte, den Text. Krause hatte von der DDR, von den wirklichen Interessen ihrer Bürger und erst recht vom DDR-Recht keine Ahnung. Er hätte die DDR in der Sache niemals vertreten können. Aber er sollte und wollte es ja auch nicht. Er diente Kohl.

Diese beiden "Staatsverträge" waren Diktate des "Siegers" BRD.

Allerdings fehlte immer noch etwas: Die beiden deutschen Staaten waren - über hier nicht weiter zu erörternde Wege - im Ergebnis der Zerschlagung des Hitlerstaates und dann unter Bruch des Potsdamer Abkommens durch dieses verletzende Machenschaften der USA mit Adenauer zustande gekommen. Die Alliierten hatten als faktische Besatzungsmächte (in modifizierter Form) immer noch etwas zu sagen. Ihre Truppen standen immer noch in deutschen Landen. Weiterhin waren ihre Rechte auf bzw. an Berlin für die USA und die beiden anderen westlichen Besatzungsmächte unerlässlich wichtig. Auch stand an, einen irgendwie gearteten Friedensvertrag mit Deutschland - oder Ähnliches - abzuschließen. Es war also noch vieles offen.

Wie war all dies binnen weniger Wochen - denn der "Beitritt" war ja schon zum 3.10. 1990 bestimmt worden, wie auch die nächsten "gesamtdeutschen" Bundestagswahlen

- zu bewältigen? Diese an sich komplizierte Aufgabe hatte sich indessen dadurch weitgehend aufgelöst, weil auf der "anderen Seite", bei der SU, ein Verräter den Platz eingenommen hatte. Infolgedessen war auch die Verabredung mit den Alliierten (bzw. Besatzungsmächten) im sog. „2 plus 4 – Vertrag“ reine Formsache.

Holter die Polter wurden die für die Öffentlichkeit erforderlich erscheinenden Dokumente ausgerechnet in Moskau ausgefertigt. Für die SU bedeutete all dies, dass ihre siegreiche Rote Armee das Territorium der DDR in einer Frist wie eine geschlagene Armee kampfflos zu verlassen hatte - fast so wie Napoleons Armee, die leichtfertig versucht hatte, das russische Zarenreich zu erobern.

Soviel meine prinzipielle Erläuterung.

Erich Buchholz

Näheres ist auch in einigen meiner Publikationen (s- u.) nachlesbar.

„Rechtsgewinne? Welche Rechte gewannen die DDR-Bürger durch den Beitritt? Haben sie Rechte verloren?“, 2010, Verlag Wiljo Heinen, Berlin

„Totalliquidierung in 2 Akten“, 2009, Kai Homilius Verlag, Compact Nr. 6

„Der dritte Akt der Totalliquidierung“, 2012, GNN Verlag

„1949 hier eine Verfassung, dort ein Grundgesetz“, 2009, Kai Homilus Verlag, Compact Nr.8

„BRD-Grundgesetz vs. DDR-Verfassung zwei Staaten im Spiegel ihrer Konstitutionen“, Spotless Verlag

B.N.: Wofür das zweite „D“ in DDR stand (Leserbrief aus dem „Gießener Echo“ Oktober 2013)

Für: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Mann und Frau), kostenlose Bildung, auch Studium und 2. Bildungsweg, kostenloses Gesundheitssystem, Kitas, Hort, Kinderferienlager, Urlaubsfahrten für alle jedes Jahr, alle Schulabgänger eine Lehrstelle mit anschließender Übernahme und kostenloser Weiterbildung, Schüler und Jugendliche an Arbeitsgemeinschaften teilnehmen konnte, wie z.B. Fotografieren, Reiten, Judo, Fußball, Segeln, alles für einen mickrigen Jahresbeitrag. Jeden Monat gingen Schul-

klassen in Museen, Theater und Kinos, damit alle Zugang zu Kunst und Kultur bekommen.

Gleiches Recht für alle, egal ob Arbeiter, Angestellter oder Vorgesetzter, wer anderen Unrecht antat, wurde bestraft.

Frauen mussten ihren Mann nicht um Erlaubnis fragen, ob sie arbeiten gehen dürfen (war hier bis in den 60er Jahren noch so). Was einem gesetzlich zustand bekam man, ohne sich von dem Amt als Sozialschamrotzer beleidigen zu lassen. Straffällige bekamen die Chance, sich wieder einzugliedern, indem sie Arbeit und Wohnraum bekamen.

Es wurde auch niemand mit überzogenen Krediten von Banken gelockt, so dass sich die Menschen derart verschulden, dass sie alles verlieren und auf der Straße landen... wenn das alles undemokratisch war, dann stand das zweite „D“ in DDR zu unrecht. (Ich könnte noch viel mehr Punkte ansprechen, soll aber genügen.)

B.N.

Wir danken der Verfasserin und der Redaktion des „Gießener Echo“, Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen, für die Genehmigung des Nachdrucks (Red. offen-siv)

Gerhard Feldbauer: Die Auslandsspionage der DDR half einen Atomkrieg zu verhindern.

Ihre nicht unproblematische Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst KGB schildert ein Insider: Oberst a. D. Bernd Fischer

Die Hauptabteilung Aufklärung (HVA), der Auslandsspionagedienst der Deutschen Demokratischen Republik, wird in dem 2010 in New York und London erschienen Reader von dem Geheimdienstexperten und Professor am Zentrum für Studien des Kalten Krieges an der Dänischen Universität Odense, Thomas Wegener Friis, als „einer der erfolgreichsten, wenn nicht der erfolgreichste Spionagedienst des Kalten Krieges“ genannt. Der Däne weist damit die gerne vor allem in der Bundesrepublik Deutschland kolportierte These, die Ostdeutschen seien „lediglich eine Art Geheimwaffe ihrer KGB-Herren“ gewesen zurück. Auch der langjährige Chefhistoriker der CIA, Benjamin Fischer, schätzte ein, die HVA habe „von der Errichtung bis zum Fall der Berliner Mauer“ seinem Dienst „die größte Niederlage in der Spionagegeschichte

bereitet“, indem es ihr gelang, sämtliche CIA-Quellen in der DDR in Doppelagenturen zu verwandeln.

HVA lieferte 80 Prozent der Informationen über die BRD

Gelang es der vor allem auf Gebieten der Wirtschaft, aber auch in der Politik von der UdSSR abhängigen und noch nicht einmal zehn Prozent ihrer Bevölkerung zählenden DDR tatsächlich, wie auf dem Terrain des Sports, den „großen Bruder“ auch in der Auslandspionage zu überbieten? Zu dem brisanten und umstrittenen Thema legte kürzlich ein Insider aus der DDR, Bernd Fischer, zuletzt Oberst der HVA, eine informative und faktenreich belegte Arbeit vor. Er konnte dazu auch bisher unbekannte Materialien des sowjetisch-russischen Geheimdienstarchivs einsehen. Vor allem das ermöglichte ihm wohl, manche bisher nicht bekannte Ergebnisse und ihre Wertung darzulegen. Zunächst einmal bestätigt hier nun ein wirklicher Insider, der für die Verbindung zur HVA zuständige KGB-Offizier Iwan Kusmin, die herausragende Rolle der DDR als „Hauptverbündeter der UdSSR und der hauptsächliche strategische Brückenkopf der Warschauer Vertragsorganisation“ in der Auslandsaufklärung. Danach stammten etwa 80 Prozent der Informationen, die die UdSSR über die Bundesrepublik Deutschland erhielt, von Mitarbeitern und Quellen der HVA. Armeegeneral Krjutschkow, letzter Chef des KGB, hebt in seinen Memoiren „In eigener Sache“, aus denen Fischer zitiert, den „gewaltigen Beitrag“ der HVA zur Stärkung der UdSSR, zur Entwicklung ihrer Wirtschaft, Wissenschaft und ihres Verteidigungspotenzials hervor.

Erfolgreich die CoCom-Liste unterlaufen

Einmalige Professionalität entwickelte die HVA bei der Beschaffung wichtiger Materialien aus wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Bereichen, was nicht nur der DDR half, sondern von großem Nutzen auch für die UdSSR war. Darunter fielen aus dem Westen besorgte Spitzentechnologien, die auf der sogenannten CoCom-Liste (Ausfuhrverbotsliste) standen. Krjutschkow schreibt: „Ganze Zweige der Industrie und der Wissenschaft wurden in hohem Maße auf Grund der Anstrengungen unserer deutschen Freunde im Bereich der Aufklärung weiterentwickelt.“ Er nennt „unentgeltlich gelieferte „Ergebnisse der Grundlagenforschung, neueste Technologien und Muster technischer Neuentwicklungen.“ Im Laufe der Jahrzehnte seien das „Werte in Höhe von Dutzenden Milliarden Dollar“ gewesen, sofern „man das überhaupt in Geld ausdrücken kann.“

Frühzeitig atomare Gelüste der Bundeswehr im Blick

Wenn dieser Bereich auch einen wichtigen Abschnitt darstellte, machte er keinesfalls den Hauptteil der Arbeit der HVA aus. Sie hatte frühzeitig die unter Bundeskanzler

Adenauer und seinem Kriegsminister Strauß in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre betriebene Aufstellung der Bundeswehr für einen neuen Ostlandritt und die schon zu dieser Zeit geforderte atomare Bewaffnung im Blick. Durch ihren Kundschafter in der Politischen Abteilung des Brüsseler Nato-Hauptquartiers Rainer Rupp (Deckname „Topas“) verfolgte die HVA die brisante Zuspitzung in der Konfrontation von Nato und Warschauer Pakt, die im März 1983 durch das von US-Präsident Reagan verkündeten SDI-Programm zur Stationierung atomarer Raketen im Weltraum gipfelte. „Die HVA lieferte den Sowjets umfangreiche und detaillierte Informationen über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles im Rahmen des sogenannten Nato-Doppelbeschlusses auf dem Boden der BRD“, schreibt Fischer.

Einen atomaren Schlagabtausch verhindert

In Moskau habe man mit einem unmittelbar bevorstehenden nuklearen Erstschatz der Nato gerechnet, die Luftstreitkräfte in der DDR und Polen in Alarmbereitschaft versetzt und ein eigenes Konzept (Plan RJAN), entwickelt, um dem gegebenenfalls zu begegnen.

Es war die HVA, die über ihren Spitzenmann Rupp in Brüssel die Washingtoner Pläne aufklärte. Rupp brachte zweifelsfrei in Erfahrung, dass ein US-Raketenangriff nicht zu erwarten war und übermittelte dazu zahlreiche Geheimdokumente der Nato. Das war einer, vielleicht der wichtigste Erfolg, mit dem die HVA dazu beitrug, einen atomaren Schlagabtausch zu verhindern.

Im Prozess wegen „Geheimnisverrats“ wurde Rainer Rupp das mitnichten angerechnet. Er wurde von einem Gericht der BRD zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Wie er stand Bundesdeutsche für ihr Engagement in der HVA, von einer rachsüchtigen Justiz verurteilt, mit langjährigen Haftstrafen für ihre Überzeugung ein. Kenner der Branche meinen aber auch, dass es einer Anzahl Leuten der HVA gelang, unentdeckt zu bleiben und das bis heute. Ob einige von Ihnen vom neuen Auslandsgeheimdienst Russlands oder anderer Nachfolgestaaten der UdSSR übernommen wurden, bleibt unbekannt.

Bericht von 30 Spitzenquellen der HVA im Westen

Nicht zuletzt belegte der Einsatz bundesdeutscher Staatsbürger die Ausstrahlungskraft, die der sozialistische deutsche Staat vor allem durch sein Wirken für Frieden und Entspannung auf Menschen hatte, die sich diesen Idealen, oft auf anderen politischen Positionen, verpflichtet fühlten. Ein Aspekt übrigens, dem Fischer hätte etwas mehr Aufmerksamkeit widmen können. Ausführlich informierte darüber aber bereits ein 2003 erschienenes Buch „Kundschafter im Westen“ (edition ost Berlin), in dem

30 ehemalige Spitzenquellen der HVA über die Motive ihres friedenssichernden Einsatzes berichteten.

Spannungen im Verhältnis zum „großen Bruder“

Fischer geht auf Spannungen im Verhältnis der Großmacht UdSSR mit ihren Verbündeten, so auch der DDR ein. So war die DDR-Führung über die Stationierung von Atomwaffen in der DDR zumeist nicht informiert worden. Grundsätzlich, so hebt der Autor hervor, erfolgte die geheimdienstliche Zusammenarbeit vielschichtig, aber keineswegs distanziert und im Duett. Die sowjetischen Partner seien „wirkliche Verbündete“ gewesen und hätten die DDR-Vertreter zum einen „als Klassenbrüder im Sinne der Arbeiterbewegung und ihres Internationalismus“ gesehen, um dann einzuschränken „zum anderen aus der Sicht von Repräsentanten der Großmacht UdSSR.“ Wenn er zurückschaut, habe jedoch eine ausgeprägte, aufrichtige solidarische Verbundenheit die Zusammenarbeit dominiert.

Gorbatschow verkaufte die DDR

Das änderte sich, als die Clique unter Gorbatschow sich der Führung der KPdSU und der UdSSR bemächtigte und die DDR an die BRD verkaufte.

Perfekt gemacht wurde dieser Verrat in dem berühmt-berüchtigten Treffen im Juli 1990 im Kaukasus, das „die Preisgabe der DDR durch Gorbatschow besiegelte.“ Fischer schreibt, dass dabei „Kanzler Kohl die sowjetischen Partner aufforderte, die Namen oder Kategorien von Personen aus der Führung der DDR zu benennen, gegen die nach der Wiedervereinigung keine gerichtliche Verfolgung erfolgen sollte. Michail Gorbatschow antwortete darauf, dass die Deutschen selbst mit einem solchen Problem fertig würden.“ Der Chef des Kreml überließ so skrupellos die einstigen Verbündeten ihrem Schicksal.

Es ist belegt, dass selbst Kohl über die Haltung der sowjetischen Seite erstaunt war.

Über Etappen kam es zur Auflösung der HVA und die einstigen Kampfgefährten wurden im Stich gelassen.

Als der Autor dieses aufschlussreichen Berichts „Der große Bruder“ sich mit seinem langjährigen Partner, Generalleutnant Kirpitschenko, 2004 traf, bekannte dieser: „Ihr habt alles Recht zu fragen, warum wir Euch so im Stich lassen konnten. Aber irgendwie haben wir uns selbst im Stich gelassen.“ Das Eingeständnis des Versagens auf beiden Seiten ist ein schwacher Trost angesichts der katastrophalen Folgen, die die kapitalistische Restauration im Land des „großen Bruders“ und seines so erfolgreichen Verbündeten für die Menschen brachte.

Als der heutige russische Präsident Putin in der DDR KGB-Chef war

Vielleicht hätte Fischer erwähnen sollen, dass der heutige russische Präsident Putin zum Ende der DDR Chef der KGB-Residentur in Dresden war und die Kontrolle ausübte über alles, was dort geschah. Von ihm ist nie bekannt geworden, dass er in den zahlreichen Gesprächen mit der derzeitigen Kanzlerin Merkel (die „überzeugte“ Mitläuferin hat nebenbei bemerkt zu DDR-Zeiten in Moskau ein Hochschulpraktikum absolviert) die Verfolgung von DDR-Bürgern angesprochen hätte.

Der Autor lüftet auch Ereignisse, die bisher im Dunklen lagen. So war der Übertritt des Präsidenten des Verfassungsschutzes der BRD, Otto John, in die DDR im Juli 1954 vom KGB durch dessen Entführung von Westberlin aus erfolgt, von der die HVA nichts wusste. Der KGB konnte jedoch John dafür gewinnen, als Überläufer aufzutreten, da dieser „seine Laufbahn in der Bundesrepublik ohnehin irreparabel beschädigt“ sah. Die Aktion erfuhr, so Fischer, „eine große internationale Resonanz und trug zum Fehlschlagen der Pläne der USA zum Beitritt der BRD zur Europäischen Verteidigungsunion (EVU) bei.“

Der interessierte Leser erhält auch einen ausführlichen sehr interessanten Überblick über das weltweite Auslandsnetz der HVA.

Unterbelichtet bleiben in manchen das Ende der DDR betreffenden Abschnitten Rolle und Verantwortung hochrangiger politischer Repräsentanten (wie Modrow) oder des langjährigen Chefs der HVA, Markus Wolf.¹

Gerhard Feldbauer

Der Große Bruder. Wie die Geheimdienste der DDR und der UdSSR zusammenarbeiteten. 224 S., brosch. Mit Fotos. ISBN 978-3-360-01839-7.

¹ Siehe dazu die u. a. Rezension von G. Feldbauer: Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. München 1997. In: Marxistische Blätter, H. 2/1998.

Wider den Anti-Stalinismus

Horst Schneider: Die Deutschen und Stalin, Stalin und die Deutschen

Anmerkungen nach dem 60. Todestag J. W. Stalins²

Vor etwas mehr als 60 Jahren, am 5. März 1953, ist Stalin gestorben. Wer diesen Tag erlebt hat, wird nie vergessen, welche Gefühle der Trauer und des Schmerzes Millionen Menschen rund um den Erdball erfasste. Wie viele Fotos, Filme und Berichte bezeugen das bis heute! Nicht nur Sowjetbürger fragten: Wie soll es ohne IHN weitergehen? Und sechzig Jahre später? Ist Stalins Bild aus dem Gedächtnis der Nachkommen verdrängt? Ist sein Wirken inzwischen auf den abstrakten Begriff „Stalinismus“ reduziert (für den Stalin keinerlei Verantwortung trägt)?

Im „Neuen Deutschland“ vom 5. März 2013 fand der Leser die Nachricht: „*LINKE-Spitze einhellig für Gedenken an Opfer des Stalinismus*“ und die Inschrift für die Gedenktafel, die am Gebäude des Parteivorstands der Linkspartei angebracht werden soll: „*Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden*“.

Die Verbrechen Stalins an Kommunisten werden also nicht vergessen und verziehen. Sie sind nicht aus dem Buch der Geschichte zu löschen. Allerdings muss eindeutig und eindringlich gesagt werden: Es gab unter Stalin zu Unrecht verfolgte, aber erklärbar sind sie nur, wenn die Situation der UdSSR in den 30er Jahren berücksichtigt wird. Und an diejenigen, die stets über Verfolgungen und Verbrechen, aber über nichts anderes reden, sie die Frage gerichtet: verbindet sich nichts anderes mit dem Namen Stalins?

Die Springer-Zeitung „Die Welt“ nannte Stalin aus gleichem Anlass den „Allmächtigen“ und widmete ihm einen ganzseitigen Artikel, der mit dem Satz begann: „*Nur*

² Es handelt sich um eine für die offen-siv bearbeitete Fassung dieses Artikels von Horst Schneider, die nach einem kurzen, solidarischen Briefwechsel zustande kam. (Red. offen-siv)

*wenige Menschen haben das 20. Jahrhundert derart geprägt wie ... Stalin*³ Das entspricht wohl den Erfahrungen der meisten Mitglieder der damaligen Generation.

Die zitierte Nachricht im ND brachte mich auf den Gedanken, über die Beziehung Stalins zu **den** Deutschen – und umgekehrt – nachzudenken. Schon am Beginn des Nachdenkens stützte ich über mich selber. **Vor** 1945 war Stalin für mich der „Blutsäufer“, wie ihn die Goebbels-Propaganda und einige meiner Lehrer darstellten, **nach** 1945 wurde er für Millionen allmählich und in einem widerspruchsvollen Prozess der „weise“ und „große“ Staatsmann, nach 1990 eine geschichtliche Persönlichkeit, wie sie Schiller in „Wallenstein“ sah: „*Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwenkt sein Charakterbild in der Geschichte.*“ Bei näherem Nachdenken zeigt sich, **die** Deutschen, die Stalin in gleicher Weise sahen und sehen, gibt es nicht. Deutsche, die über Stalin urteilten und heute urteilen, gehörten und gehören unterschiedlichen politischen Lagern an, wie damals in radikalster Form beispielsweise Ernst Thälmann und Adolf Hitler. Und manche liefen im Laufe ihres Lebens in das Lager der Stalin-Feinde über wie Wolfgang Leonhard. Jeder sieht in Stalin höchst Unterschiedliches, Nazis und Bischöfe den leibhaftigen Teufel, Kommunisten die Hoffnung auf eine sozialistische, friedliche Zukunft, kapitalistische Politiker eine Figur im Spiel der Mächte. Und umgekehrt: Stalin hatte als Staatsmann mit den Spitzen der Weimarer Republik, Hitlerdeutschlands und danach mit den Mitstreitern Wilhelm Piecks zu tun. Und privat: Sein Sohn fiel als Offizier den Faschisten in die Hände und fand den Tod im Konzentrationslager. Dürfen wir heute (schon?) über die Beziehungen **der** Deutschen zu Stalin verallgemeinernd urteilen? Versuchen wir es in groben Umrissen.

Das Thema „a und die Deutschen“ ist für mich nicht neu. Alexander Abusch, der auch den „Irrweg einer Nation“ geschrieben hat, verfasste 1949 die Schrift „Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation“. In dieser Arbeit sind sowohl Arbeiten Stalins analysiert worden, die sich mit der „deutschen Frage“ befassen, als auch Handlungen Stalins bei schicksalsschweren Ereignissen erläutert: Brest-Litowsk, Rapallo, der Nichtangriffsvertrag, Pläne für die Nachkriegsentwicklung, Potsdam, die Gründung der DDR, die Atomwaffenpolitik.⁴

An der Politik der Sowjetunion nach 1945 haben viele von uns Anteil.

³ Berthold Seewald/Lars-Broder Keil: Die letzten Tage des Allmächtigen. Die Welt, 4. März 2013.

⁴ Alexander Abusch: Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation. Berlin 1949.

Mit welchem Respekt Stalin damals gewürdigt wurde, lässt sich unschwer aus den Begriffen herauslesen, die Alexander Abusch für ihn verwendete: „Lenin unserer Tage“, „marxistischer Erzieher“, „Soldat der Revolution“, „prächtiger Georgier“, „Verteidiger des Friedens“, „Freund des deutschen Volkes“, „wahrer Führer für alle friedliebenden Völker“. Alexander Abusch setzte die Biographie Stalins in Beziehung zur jüngsten deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Stalin gehörte zu den Mitstreitern Lenins, die mit der Oktoberrevolution eine weltgeschichtliche Wende einleiteten, auch in Deutschland: Der Erste Weltkrieg wurde beendet, die Novemberrevolution öffnete den Weg zu sozialen Reformen, die KPD entstand (deren führende Köpfe Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der Noske-Bande zum Opfer fielen). Die „Rapallo-Politik“ sollte Grundlage der friedlichen Koexistenz zwischen Deutschland und Sowjetrußland werden.⁵ Brachte diese Politik Nutzen oder Schaden für **die** Deutschen?

Wenn Stalins Einfluss auf die deutsche Politik geprüft wird, ist vor allem das Wirken der Komintern zu bedenken. Stalin war an der Ausarbeitung der Strategie und Taktik beteiligt, z.B. beim Übergang von der revolutionären Nachkriegskrise zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus 1923/24. Als Beispiel nenne ich Stalins Rede vom 18. Dezember 1925 auf dem XIV. Parteitag der KPdSU, in der er auch die deutschen Erfahrungen analysierte.⁶ Stalin unterstützte die Politik Ernst Thälmanns auch zu jenem Zeitpunkt, als er mit Hilfe der „Wittorf-Affaire“ (die in den letzten Jahren viele Schlagzeilen machte) gestürzt werden sollte.⁷

Hier ist nicht der Platz, um die taktischen Fehler der KPD zu erörtern, die vor 1933 auch Stalin mit zu verantworten hat, vor allem die Brandmarkung der SPD als „Sozialfaschisten“ (der Breitscheid die Formel „Rotlackierte Faschisten“ für die KPD entgegengesetzte). Man darf bei dieser Diskussion aber nicht vergessen, dass die Sozialdemokratie mit ihrem Aufruf von 1932, Hindenburgs Präsidentschaft zu unterstützen (gegen Thälmann, der auch kandidierte) und besonders mit ihrer Ablehnung des Angebots der KPD, die antifaschistische Aktionseinheit gegen Hitler herzustellen und mit noch anderen Aktionen den Marsch der Hitlerfaschisten in die Reichskanzlei erleichterte.

⁵ Rapallo und die friedliche Koexistenz. Berlin 1963; Johannes Dieckmann: Was ist und was bedeutet uns heute „Rapallo“? Berlin 1962

⁶ Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1954, S. 150f.

⁷ Eberhard Czichon/Heinz Marohn: Thälmann. Ein Report. Berlin 2010, S. 380f.

Stalin kannte – auch aus geheimen Quellen – die Pläne Hitlers, die Sowjetunion durch einen Aggressionskrieg zu vernichten. In dieser Situation hatte die sowjetische Führung im Grunde nur zwei Optionen: Mit Frankreich und England ein System der kollektiven Sicherheit **gegen** das so genannte Dritte Reich zu schaffen (mit München 1938 scheiterte diese Option), oder sich aus dem Krieg herauszuhalten, so lange es ging. **Deutschland** war seit 1933 der **potentielle Aggressor**. Der Nichtangriffsvertrag zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion im September 1939 ist rational zu erklären, nicht als „Komplott Hitler-Stalin“ zu verteufeln.

Zweifellos hat dieser Vertrag beträchtliche Folgen für **die** Deutschen gehabt, ebenso international. „Kein anderer bilateraler Vertrag beeinflusste das Schicksal von mehr Staaten, Nationen und Minderheitengruppen in Europa, vornehmlich in Ostmitteleuropa, als der Hitler-Stalin-Pakt“⁸

Der direkte Gewinn für **die** Deutschen war, dass die Zeit friedlicher Beziehungen zur UdSSR verlängert wurde, für die Sowjetunion, dass sie Zeit für die Vorbereitung der Verteidigung gewann.⁹

Es dürfte zweckmäßig sein zu prüfen, wie Stalin selbst sein „Verbrechen“ gesehen hat. Er äußerte sich am 3. Juli 1941 dazu: Er hat „...zu der Frage Stellung genommen, ob es historisch richtig gewesen sei, diesen Vertrag mit Hitlerdeutschland abzuschließen. Stalin zeichnete die Grundfragen eines solchen Vertrages: *Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, dass sich die Sowjetregierung auf den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerlässlichen Bedingung, dass das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich war der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sow-*

⁸ Anna Kaminsky, Dietmar Müller, Stefan Troebst (Hg.): Der Hitler-Stalin-Pakt in der Erinnerungskultur der Europäer. Göttingen 2011, S. 11

⁹ Meine Wertung der Vorgänge findet sich im Icarus, Heft 3/2011. Horst Schneider: Strasbourg verordnet „europäisches“ Geschichtsbild auf antikommunistischer Grundlage.

*jetunion gerade ein solcher Pakt'. Die Sowjetunion hatte alle, aber auch alle Möglichkeiten einer Friedenspolitik zu nutzen versucht, selbst gegenüber Hitlerdeutschland, trotz der schärfsten Ablehnung seines volksfeindlichen inneren Regimes. Stalin zog das Fazit: 'Was haben wir durch den Abschluss des Nichtangriffspaktes mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Land für eineinhalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Paktes zu überfallen. Das ist ein unbestreitbarer Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.'*¹⁰

Der Nichtangriffspakt war die letzte Chance, die Hitleraggression zu verhindern. Das faschistische Deutschland zog erst ab Juni 1941 in den Krieg gegen die Sowjetunion. „Der Spiegel“ vom 11. Juni 2011 deutete diesen Krieg als Duell zwischen Hitler und Stalin und schrieb über ein Portrait Stalins: *„Bestie und Unmensch... Die deutsche Niederlage entschied das Duell zweier Despoten, die einander seit 1923 belauert hatten: Hitler und Stalin“*¹¹

Und Klaus Wiegrafe brachte im gleichen Magazin zu Papier: *„Der eine mordete für die Rasse, der andere für die Klasse“*¹². Immerhin wurde eingestanden: *„In den Jahren des Krieges hing alles, aber auch alles vom Widerstand der Roten Armee ab. Am Ende des Krieges war Stalin, auch für Hunderte Millionen Menschen außerhalb der Sowjetunion, zu dem unverrückbaren Begriff, ja zu dem Inbegriff der Größe des sozialistischen Staatsmannes geworden, dem sie die Rettung der demokratischen Freiheit der ganzen Welt vor ihrer Vernichtung durch Hitler zu danken hatten.“*

Die „Bestie“ Stalin hatte es weitgehend in der Hand, jedenfalls nach dem Sieg in der Schlacht von Stalingrad, wie mit den Eindringlingen verfahren wird. Würde er die Weisungen Hitlers und deutscher Feldmarschalle kopieren? Hier ein Zitat aus einer der Reden Stalins von 1942, Deutschland und die Deutschen betreffend: *„In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, dass die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich ein dummes Gefasel und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Solche idiotischen Ziele hat die Rote Armee nicht und kann sie nicht haben. Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben*

¹⁰ Zitiert nach: Alexander Abusch, a.a.O., S. 78/79

¹¹ Der Spiegel, 24/2011, S. 60

¹² Ebenda, S. 62

und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat, bleibt.“¹³

Ich möchte hier eine Episode einfügen: Im Januar wurde ich im Laubaner Hochwald (östlich von Görlitz) für den Winterkrieg ausgebildet. Die Sowjetarmee stand schon 20 bis 30 Kilometer nördlich von uns. Unser Hauptfeldwebel, von Naziorden dekoriert, sagte uns: *Jungens, hebt die letzte Kugel für Euch auf. Wenn die Sowjets Euch das antun, was wir ihnen angetan haben, dann gnade Euch Gott*“ Was haben andere damals erfahren und erlebt?

Der Einsilbigkeit mancher „Linker“ beim Thema Stalin stehen die Aktivitäten von Antikommunisten aller Schattierungen gegenüber. Den meisten geht es darum, Hitler und Stalin gleichzusetzen, um damit die Totalitarismus-Doktrin, die Gleichsetzung zwischen Sozialismus und Faschismus „wissenschaftlich“ zu begründen. Diese Doktrin ist historisch verlogen, unwissenschaftlich und verfolgt reaktionäre Ziele.¹⁴ Für den, der beide „totalitäre Diktaturen“ erlebt hat, ist diese Doktrin unannehmbar.

Ende 2012 war beim „Googeln“ festzustellen: Es gab Eintragungen zu den Begriffen „Stalin“: 7.000.000; „Stalinismus“: 370.000; „Antistalinismus“: 11.900. In den letzten Jahren sind verstärkt Veröffentlichungen auf diesem Gebiet herausgekommen:

Richard Overy: Die Diktatoren, Hitlers Deutschland, Stalins Russland, München 2006; Wladislaw Hedeler: Jossif Stalin, oder: Revolution als Verbrechen, Berlin 2011; Domenico Losurdo: Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende; Anna Kaminski, Dietmar Müller, Stefan Troebst (Hg.): Der Hitler-Stalin-Pakt in der Erinnerung der Europäer, Göttingen 2011, Köln 2012; Herbert Meißner: Trotzki und der Trotzismus gestern und heute, Berlin 2011; Jörg Barberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012; Bernhard Fisch: Stalin und die Oder-Neiße-Grenze. Ein europäisches Problem, Berlin 2000; Gerhard Lozek: Stalinismus – Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was?, Berlin 1993; Isaak Deutscher: Stalin. Eine

¹³ J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, Dietz-Verlag Berlin 1951, S. 49/50

¹⁴ Horst Schneider: Wird die DDR-Geschichte verklärt? Streitbar. Im Kampf für Frieden..., Berlin 2012, S. 296f.

deutsche Biographie, Augsburg 1997; Die Kommunisten und Stalin, Berlin 1990; Werner Maser: Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin, München 2004; Wolfgang Ruge: Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.

Die Biographen Stalins sollten zu Kenntnis nehmen: Stalin hatte schon rechtzeitig, am 26. Januar 1934, gewarnt. *„Wer den Frieden will und geschäftliche Beziehungen mit uns anstrebt, wird stets bei uns Unterstützung finden. Denjenigen aber, die versuchen sollten, unser Land zu überfallen, wird eine vernichtende Abfuhr zuteil werden, damit ihnen in Zukunft die Lust vergeht, ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken.“*¹⁵

Millionen Menschen, zunächst die Angehörigen der deutschen Wehrmacht, hatten die Folgen der Missachtung dieser Warnung zu tragen. Dass der Krieg am erbittertsten auf dem Boden der Sowjetunion geführt wurde – nehmen wir Stalingrad als Symbol – nutzte die faschistische Propaganda, um Stalin und der Sowjetarmee die Opfer anzulasten. Bis zum Mai 1945 glaubten viele Wehrmachtsoldaten, ihre Heimat gegen den drohenden „Bolschewismus“ zu schützen. Sie ließen sich von den faschistischen Bankrotteuren, als ihre weltgeschichtliche Niederlage längst jedem denkenden Menschen erkennbar sein musste – also fünf Minuten nach zwölf – vor und in Berlin noch missbrauchen zu einem sinnlosen Widerstand, durch den die Rote Armee abermals blutige Opfer erleiden musste. So sind selbstverständlich auch die Opfer 1944/45 den Faschisten und ihren Generälen anzulasten und nicht der Sowjetunion und Stalin.

Wie sollte es nach dem Sieg über den Faschismus weitergehen? Stalin erklärte am 1. Mai 1945: *„Die verlogene faschistische Propaganda schreckt die deutsche Bevölkerung mit dem läppischen Gerede, die Armeen der Vereinten Nationen wollten das deutsche Volk ausrotten. Zur Aufgabe der Vereinten Nationen gehört nicht die Vernichtung des deutschen Volkes. Die Vereinten Nationen werden den Faschismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Kriegsverbrecher streng bestrafen und die Deutschen zwingen, den Schaden wieder gut zu machen, den sie anderen Ländern zugefügt haben. Aber die Vereinten Nationen tasten die friedliche Bevölkerung Deutschlands nicht an und werden sie nicht antasten, wenn diese die Forderungen der Militärbehörden der Verbündeten loyal erfüllt.“*¹⁶

¹⁵ Zitiert nach Alexander Abusch, a.a.O., S. 65

¹⁶ Zitiert nach Alexander Abusch, a.a.O., S. 105

Am 9. Mai 1945 erklärte Stalin: *Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.*¹⁷

In den Stalin verbleibenden acht Jahren hatte er mit solchen und solchen Deutschen zu tun, mit Genossen wie Pieck, Ulbricht, Grotewohl und all jenen, die ein friedliches und demokratisches Gesamtdeutschland aufbauen wollten, und jenen Kräften von Adenauer bis Gehlen, die die antisowjetische Politik unter veränderten Bedingungen fortsetzen. In den internationalen Beziehungen versuchte Stalin, nicht nur die sowjetischen, sondern auch die Interessen des friedliebenden und demokratischen Deutschland durchzusetzen. Das beweisen u.a. das Potsdamer Abkommen, die Unterstützung der Herstellung der Arbeitereinheit und des Volksentscheids über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, der Kampf gegen die Bonner Spaltungspolitik, die Absendung der so genannten „Stalin-Note“ 1952, ein Jahr vor seinem Tode. Die Stalin-sche Politik in der Nachkriegsperiode bis zu seinem Tod lässt sich zusammenfassen: *„Stalin wollte ein anderes Europa.“*¹⁸

Für den Inhalt dieser Außenpolitik gilt: *„Im Mittelpunkt stand das Streben nach internationaler Sicherheit und nach Etablierung einer machtpolitischen Einflussosphäre in einer Situation innerimperialistischer Ansprüche und Rivalitäten sowie antisowjetischer Aggressivität, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geführt hatten. Nach dem Krieg ging es um eine Neuordnung Europas, die den Kalten Krieg hervorbrachte. Dieser wiederum führte zur Bildung der Blöcke und zu einer so genannten Blocklogik.“*¹⁹

Die Deutschen, diesseits und jenseits der Elbe, als führende Politiker oder unpolitische Bürger, waren Objekt und Subjekt des Geschehens und dürfen mit den heutigen Kenntnissen urteilen.

Bisher veröffentlichte Dokumente, auch die Gesprächsprotokolle von SED-Politikern mit Stalin, lassen Urteile zu:

- * Stalin war gegen die Spaltung Deutschlands
- * Stalin versuchte, die Remilitarisierung der BRD und damit den Rüstungswettlauf auf deutschem Boden zu verhindern

¹⁷ Zitiert nach Alexander Abusch, a.a.O., S. 97

¹⁸ Harald Neubert (Hg.): Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940-1968, Berlin 2003

¹⁹ Ebenda, S. 6

* Stalin empfahl demokratische Methoden bei der Entwicklung der DDR

Diese außenpolitische Linie entsprach den Interessen der Sowjetbürger und der Deutschen.

Die letzte Tat in der „deutschen Frage“, die mit dem Namen Stalin verbunden ist, war die „Stalin-Note“ vom 10. März 1952²⁰. Stalin wandte sich an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs und plädierte für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland, wobei die Führung der UdSSR konkrete Vorschläge für dessen Ausgestaltung unterbreitete. Als Kernbestandteil betrachtete sie das Weiterbestehen Deutschlands als einheitlicher Staat, gesamtdeutsche Wahlen nach den Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus, den Abzug aller Besatzungsmächte von deutschem Boden und die Festlegung des demokratisch verfassten deutschen Staates auf einen ihn vertraglich verpflichtenden Neutralitätsstatus. Adenauer und seine Auftraggeber in den USA lehnten das Angebot strikt ab und wählten den Weg der Vertiefung der Spaltung und Verschärfung des Kalten Krieges am atomaren Abgrund.²¹

Am 19. März 1953 wurde im Bundestag mit 225 gegen 165 Stimmen der „Generalvertrag“ angenommen, der die BRD in die Nato führte. Adenauer stellte die Weichen auf roll back.

Aus Sicht mancher bürgerlicher Historiker war die DDR das „ungeliebte Kind“²². Hier reiht sich auch Wolfgang Leonhard ein. In seinen „Anmerkungen zu Stalin“ gibt es nach seinem Wirken in der „Gruppe Ulbricht“ 1946 und seiner Flucht nach Jugoslawien nur ein Ereignis, das ihn an die DDR erinnert: Er habe das „zweifelhafte Vergnügen“ gehabt, „die Gründung der DDR von Stalins Gnaden im Oktober 1949 kommentieren zu müssen“²³.

Und ich hatte die Ehre und die Freude, in und für die DDR arbeiten zu dürfen.

Den Begriffen „Stalinismus“ und „Stalinist“ bin ich in meinem politischen Leben dann begegnet, wenn eine Person als „Stalinist“ ausgeschaltet werden oder bestimmte Auffassungen als „Stalinismus“ diskreditiert werden sollten. „Stalinismus“ ist kein

²⁰ Text des sowjetischen Entwurfs für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland in: Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S. 528f.

²¹ Wolfgang Claus: Verpasste Chance? Vor 60 Jahren wies der Westen das spektakuläre Angebot der „Stalin-Note“ zurück. RotFuchs August 2012

²² Heinrich Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994

²³ Wolfgang Leonhard: Anmerkungen zu Stalin, Reinbeck bei Hamburg 2010, S. 171

wissenschaftlicher Begriff, sondern ein Totschlagargument. Deshalb begnüge ich mich hier mit einem Gorbatschow-Zitat (nicht aus politischer oder persönlicher Sympathie, sondern nur, weil er auch einmal etwas Richtiges gesagt hat): „*Stalinismus ist ein Begriff, den sich die Gegner des Kommunismus ausgedacht haben und der umfassend genutzt wird, die Sowjetunion und den Sozialismus insgesamt zu verunglimpfen.*“

Wieso **musste** Leonhard das? Und warum musste er sein Leben lang seine Moskauer Schulfreunde verleumden, die nicht Renegaten geworden sind, von Markus Wolf bis Friedo Seydewitz, von Peter Florin bis Stefan Doernberg? Ich hatte es besser. Mit Stefan Doernberg, der 1945 die Kapitulationsverhandlungen in Berlin gedolmetscht hatte, war ich seit der Aspirantenzeit Anfang der 60er Jahr, in unserer Zeit als Diplomaten bis in den Ältestenrat der PDS verbunden. Mit Markus Wolf wurde ich erst 1990 bekannt, Peter Florin begegnete ich 1968 in Prag und später in der Arbeit für die UNO, Friedo Seydewitz in der VVN/BdA in Dresden. Sie wurden nach 1990 nicht Renegaten. Sollen sie nun als „Stalinisten“ abgestempelt werden?

Wenn Gorbatschow seine Wertung von 1986 über den „Stalinismus“ ergänzt hätte, würde er gesagt haben, dass die Vorwürfe der „Reformer“ gegen die „Stalinisten“ beigetragen haben, die KPdSU zu spalten und zu zersetzen, ebenso wie die SED damit in die ideologische Kapitulation getrieben worden ist. Die Hauptlösung des SED-PDS-Parteitages im Dezember 1989 hieß „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“²⁴, nicht: „Wir retten die DDR“. Seitdem wirkt das Wort „Stalinismus“ als Spaltpilz.

Ich beende meine Betrachtungen über „Die Deutschen und Stalin, Stalin und die Deutschen“ mit einer Episode aus Stefan Doernbergs Leben, der als Sowjetarmist von Moskau nach Berlin marschiert war, und im Oktober 1949 die berühmte Botschaft an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik Anfang Oktober 1949 übersetzte²⁵:

Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blut-

²⁴ Materialien: Außerordentlicher Parteitag..., Berlin 1990, S. 41

²⁵ Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954, Berlin 1957, S. 238/239

vergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht. Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, dass das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, dass diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.

Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten. Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, dass Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, eine große Sympathie und aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter auch des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf diesem neuen, glorreichen Wege.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

Den 13. Oktober 1949, J. Stalin

Könnten diese Sätze Stalins ein Vermächtnis auch für die heute lebenden Deutschen sein?

Horst Schneider

Stellungnahme gegen die von der VVN/BdA vorgeschlagene Gedenktafel am Karl-Liebkecht-Haus

Stellungnahme zum Beschluss des Parteivorstands der Partei Die Linke, eine Gedenktafel für das „Ehrende Gedenken an tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahre willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden“ am Berliner Karl-Liebkecht-Haus zu errichten.

Das Karl-Liebkecht-Haus ist die ehemalige Parteizentrale der KPD und ein Gedenkort von großer Bedeutung für Kommunistinnen, Kommunisten und fortschrittliche

Menschen heute. Von hier aus wurde die KPD ab Mitte der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts zur Massenpartei und zur Hoffnung vieler Menschen auf eine sozial gerechtere Gesellschaft.

Hier arbeitete Ernst Thälmann bis zu seiner Verhaftung durch die deutschen Faschisten am 3. März 1933.

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass auch in einigen sich links nennenden Organisationen und Parteien der Versuch unternommen wird, die deutsche Geschichte in der Tendenz einer zunehmend chauvinistischen und revisionistischen Geschichtsschreibung nach 1989 vollends zu verklären.

Auf diese Weise machte ein Arbeitskreis bei der Berliner VVN/BdA 2010 den Vorschlag gegenüber der Partei Die Linke, eine Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus in Berlin zu Ehren derjenigen deutschen Kommunisten und Antifaschisten anzubringen, die in der Sowjetunion zwischen 1930-1950 verfolgt und ermordet wurden.

Dieses Ansinnen wurde vom Parteivorstand der Partei Die Linke im März 2013 gebilligt.

Nach unserer Auffassung ist der geplante Text der Gedenktafel ahistorisch und undifferenziert. Er suggeriert – ganz im Sinne der Totalitarismustheorie bürgerlicher Denkschulen – die inhaltliche Wesens- und Methodengleichheit zweier nicht zu vergleichender politischer Systeme und Weltanschauungen.

Niemand will Opfer, zumal es Unschuldige getroffen hat, totschweigen. Die hochbrisante Klassenkampfssituation am Vorabend des vom Faschismus ausgelösten Weltkrieges, in der zu Hunderten Agenten nicht nur des deutschen Geheimdienstes unter Admiral Canaris in das einzige sozialistische Land eingeschleust, Konterrevolutionäre aktiviert und gefälschte Dossiers den sowjetischen Organen zugespielt wurden, sowie der Mord an dem bedeutenden sowjetischen Partei- und Staatsfunktionär Sergej Mironowitsch Kirow am 1. Dezember 1934 in Leningrad waren Ausgangspunkt für größere Aktivitäten der Sicherheitsorgane im Überlebenskampf der Sowjetunion. Dass unter den Opfern - gewollt vom Feind - und auch infolge falscher und verleumderischer Bezeichnungen deutsche Antifaschisten, Kommunisten waren, ist schmerzhaft. Ihre Rehabilitierung erfolgte nach individueller Prüfung durch die Deutsche Demokratische Republik.

Die Anbringung einer solchen Tafel am K.-L.-Haus kann aber eine wissenschaftliche Analyse des historischen Kontexts, welcher überhaupt als deren Voraussetzung benötigt würde, nicht ersetzen.

Die pauschale Reduzierung der Vorgänge in der UdSSR in dieser Zeit, unter denen deutsche ebenso wie ausländische Kommunisten und Kommunistinnen, Antifaschisten und Antifaschistinnen litten, auf die inhaltliche Aussage des avisierten Tafelprojekts, ignoriert die historischen Zusammenhänge.

Diese Vorgänge können nicht losgelöst von der Härte der Auseinandersetzungen in der Sowjetunion um die richtige revolutionäre Strategie zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in jenen Jahren nach der Oktoberrevolution und vor dem Hintergrund der permanenten Kriegs- und Terrorbedrohung durch den deutschen Faschismus betrachtet werden.

Die Sowjetunion trug nicht nur die Hauptlast beim Kampf gegen den deutschen Faschismus mit über 20 Millionen Toten durch den faschistischen Angriffskrieg. Sie befreite nicht nur das eigene Land, sondern 1944 und 1945 auch den größten Teil Europas vom faschistischen Joch.

Diese großen Leistungen des sowjetischen Volkes und seiner Armee dürfen nicht vergessen gemacht werden.

Eine Gedenktafel in der beabsichtigten Form fügt ein weiteres Mosaiksteinchen zur allgemeinen Diskreditierung der Sowjetunion und ihrer allgemein anerkannten Leistungen hinzu, zumal die verzerrte Darstellung der damaligen Vorgänge in der UdSSR nicht nur der Propaganda des Imperialismus und seiner Geschichtsschreibung nach 1989 zuarbeitet, sondern auch eine gemeinschaftlich voranzutreibende, wissenschaftliche Analyse der Vorgänge in den 1930er Jahren in der UdSSR unter allen ernsthaft daran interessierten Kommunisten, Antifaschisten und fortschrittlichen Menschen heute, die das heutige imperialistische System überwinden wollen, erschwert.

Die Gedenktafel unterzieht nicht nur die historische Situation in der damaligen UdSSR einer Revision und zollt damit auch dem grassierenden Antikommunismus in der BRD heute Tribut, sondern bedient auch einen offen deutschen Nationalismus und Chauvinismus im deutsch-dominierten Europa dieser Tage, indem deutsche Genossen, die Betroffene jener Zeit wurden, zugunsten einer bestimmten revisionistischen Geschichtsauffassung einseitig instrumentalisiert werden.

Allein in Deutschland sind seit 1989 wieder annähernd 200 Tote durch offenen faschistischen Terror in diesem Lande zu beklagen.

Die Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte im kontinuierlichen Kampf gegen den wiedererstarkten Faschismus und Rassismus in diesem Land und weltweit – in den bürgerlichen Institutionen und auf der Straße – ist heute eine der vordringlichsten Tagesaufgaben von Revolutionären.

Eine nationalistische, verfälschende „Gedenktafel“, wie die geplante am Berliner Karl-Liebknecht-Haus, das historischer Bezugspunkt aller deutschen Kommunisten ist, kann für die Herstellung der Einheit aller Antifaschisten nicht hilfreich sein.

1. November 2013, Kommunistische Initiative (Gera 2010), Kommunistische Partei Deutschland (KPD), Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands/ Arbeit Zukunft, Revolutionärer Freundschaftsbund (RFB), Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden (KAD), Mitglieder der Chile Freundschaftsgesellschaft „Salvador Allende“.

Diese Erklärung ist offen für weitere Unterstützer.

Zur kommunistischen Organisationsfrage

Ingo Wagner: Quo vadis? Die Partei „Die Linke“ nach der Bundestagswahl 2013 – mit historischen Notizen.

Bereits im Mai 2009 habe ich in der Zeitschrift *offen-siv* (Ausgabe 03/2009, S. 25 ff.) eine Standortbestimmung der Partei Die Linke vorgenommen und ausgewiesen, daß diese Partei eine *sozialdemokratische Formation von eigener Art* ist. In *offen-siv* (3/2013) wurde von mir ausgesagt, daß diese Einschätzung durch die historischen Tatsachen vollauf bestätigt wurde. Es wurde gefolgert, daß sich diese Partei in ihrer *historischen* Endphase befindet und vermerkt, daß auch hier die Geschichte das letzte Wort hat. Nach der Bundestagswahl 2013 setze ich nunmehr diese Thematik mit einer *spezifischen* Note fort. Holzschnittartig wird das programmatische Desasters in dieser Partei eingeschätzt und durch eine prinzipielle Wertung der Wahl untermauert. So wird an die Frage „Wie weiter?“ herangeführt, zu der ich mich ebenfalls kurz aber prägnant äußern möchte. Die interessierten Leserinnen und Leser bitte ich, meine *offen-siv*-Artikel noch einmal zur Hand zu nehmen, damit ich ohne große Wiederholungen - aber mit „Anknüpfungspunkten“ - sogleich zur Sache kommen kann.

Meine Einschätzung Der Linken fand in meinem Leipziger „Freundeskreis“ nicht nur Zustimmung, sondern auch Ablehnung von Mitgliedern der Linkspartei. Sie ist das Ergebnis meines (vergriffenen) Buchs „*Eine Partei gibt sich auf*“ (edition ost, Januar 2004, ISBN-360-01056-6). Schon in diesem Werk habe ich resümierend festgestellt: „Die PDS hat sich ... voll als eine Partei des kleinbürgerlichen Sozialreformismus ausgeprägt; sie ist zu einer sozialdemokratischen Partei sui generis mutiert, die jetzt

versuchen wird, den Platz einzunehmen, den die SPD mit ihrer Entwicklung zu einer der Staatsparteien des kapitalistischen Systems infolge ihrer ‚Aufgabe‘ endgültig geräumt hat; und zwar gleichfalls als Staatspartei – allerdings im ‚sozialistischen‘ Gewand. ... Das ist kapitalistischer Sozialismus (Bourgeoisozialismus) ... Es ist ein Treppenwitz der Geschichte. Die PDS versucht in diesem Sinne die soziale Rolle einzunehmen, die der SPD immer mehr abhanden kommt, nämlich die Linke den sozialen und ökonomischen Erfordernissen des Kapitals unterzuordnen, sie in den politischen Mainstream der bürgerlichen Gesellschaft einzuordnen und in deren kulturelle Hegemonie einzubeziehen. ... Das politisch-ideologische Anliegen ... der PDS ist insofern die Erhaltung und das Funktionieren des Kapitalismus; und zwar durch Beschneidung seiner extremen Auswüchse und zugleich durch die Lähmung der revolutionären und wirklich antifaschistischen Kräfte. Die PDS agiert so als linker Flügel der Bourgeoisie, nachdem die SPD in dieser Rolle ausgedient hat.“ (S. 10)

Diese fundamentale „Standortbestimmung“ trifft auf die politische Nachfolgeorganisation der PDS, auf die Partei „Die Linke“, - natürlich in anderen geschichtlich bedingten Erscheinungsformen – uneingeschränkt zu. Bevor ich in Auswertung der Bundestagswahl den „letzten Stand der Dinge“ mit einem Ausblick auf das weitere historische Schicksal dieser Partei darlege, sei mir ein knapper historischer Rückblick auf einige (ausgewählte) programmatische Kulminationspunkte der Programmgeschichte der PDS gestattet, der meine dargelegte **Grundauffassung *historisch*** belegt und die zugleich die Tür für das Begreifen ihrer Fortsetzung durch die Linkspartei heute ermöglicht.

Es begann mit dem „**Außerordentlichen Parteitag der SED-PDS** (Dezember 1989), der sich de facto als „Türöffner“ für den Sieg der Konterrevolution in der DDR zeigte. Er war ein ideologisches Chaos, ein Höhepunkt der Destabilisierung der DDR in jener Zeit, so daß er zu Recht das Prädikat **Putschparteitag** verdient. Vorbereitung und Ablauf dieses Parteitages belegen, daß er ein solch konfuser war, der rasch zum Verfall der DDR führte. Die in SED/PDS umbenannte Partei verlor rasch an Einfluß in der Arbeiterklasse und trieb die Erosion der sozialistischen Staatsmacht voran. Nicht einmal die Möglichkeit eines vereinigten Deutschlands wurde in Betracht gezogen. Faktisch wurde mit der Auflösung der sozialistischen Gesellschaftsordnung begonnen: Auflösung der Grundorganisationen der Partei in den Betrieben, der Kampfgruppen der Arbeitsklasse usf. Gysi plädierte für die DDR „eines dritten Weges jenseits von stalinistischem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole“. Offen wurde zum rechtswidrigen Verfassungsbruch aufgerufen. Nichts gegen notwendige Verfassungsänderungen. Aber damit wurde ein offenes politisches Hasardspiel in Gang gesetzt, mit dem die DDR weiter destabilisiert wurde. Verfassungsbruch wurde zur Regel – verbunden mit der „Besenaktion“, die mit der „Säuberung“ von Altlasten

einherging. „Als die Einheit der Partei am nötigsten war, wurde sie zersetzt.“ (Schneider, junge Welt, 24. 1. 2013) Die politischen Ambitionen des politischen Gegners, die sich die Vernichtung der DDR zum Ziel setzten, wurden völlig unterschätzt – oft ausgeblendet.

Auf diesem Parteitag zeigt sich als Grundwiderspruch der weiteren Entwicklung dieser Partei ein erstaunliches Phänomen. Während Gysi für einen „dritten Weg sozialistischer Prägung“ plädierte, wurde vom Parteitag zugleich ein *Grundkonsens als Gründungskonsens* beschlossen. Hierzu gehörte auch, daß die Partei „eine marxistische sozialistische Partei“ und die „theoretischen Grundlagen der Partei ... der Marxismus“ sei; (Statut der SED/PDS). Des Erinnerens wert ist auch die Feststellung: „unsere neue moderne sozialistische Partei stützt sich auf die Traditionen deutscher und internationaler Arbeiterbewegung. ... Sie begründet ihre Politik durch die Erkenntnis der modernen Gesellschaftswissenschaften und führt das Werk von Marx, Engels und Lenin fort.“ Bereits im Diskussionsstandpunkt des Arbeitsausschusses konnte man lesen: „Unsere Partei stützt sich auf die modernen Gesellschaftswissenschaften. Marx, Engels und Lenin sind uns dabei historisches Vorbild. Sie wendet sich gegen jede Einengung der theoretischen Quellen. Vom Modernen Sozialismus war noch nicht die Rede, obwohl er bereits von Dieter Klein und Michael Brie aus der Taufe gehoben worden war. Fakt ist, daß in jener Zeit vor dem Außerordentlichen Parteitag und mit diesem als Parteiputsch die Zeit des „Großen Verrats“ begann. Sie involvierte zugleich, daß mittels des unwissenschaftlichen Kampfbegriffs „*Stalinismus als System*“ in der Folgezeit der Marxismus auf der Partei verdrängt und seine notwendige Weiterentwicklung entsprechend den neuen zeitgemäßen Erfordernissen unterbunden wurde. Die *negative* Lösung des oben ausgewiesenen Grundwiderspruchs fand mit dem Chemnitzer Parteitag (Oktober 2003) ihren krönenden Abschluß als Geburt einer sozialdemokratischen Partei der besonderen Art. Sie hatte damit ihren „Gebrauchswert“ für die Bourgeoisie erbracht. Er bestand darin, „die Herausbildung eines oppositionellen oder gar revolutionären Subjekts zu verhindern und das objektiv existierende Protestpotential in den Kapitalismus zu überführen.“ (Schneider, Rotfuchs. März 2003, S.11) Ja! So war es. Aber es ging nicht von heute auf morgen.

Das Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus war 1993 zunächst ein *Zwischenschritt* auf diesem Wege. Der Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, erklärte in seiner Eröffnungsrede auf dem Chemnitzer Parteitag (2003): Die PDS habe „ihren programmatischen Platz 1993 als eine linke, sozialistische Partei mit pluralistischem Charakter, in der sich revolutionäre und parlamentarische Traditionen der deutschen Sozialdemokratie und kommunistisch-revolutionäre Traditionen verbinden, in der bundesdeutschen Gesellschaft bestimmt“. (Disput/Pressedienst 11/03., S. 1 ff.)

Ja! Es war ein Programm mit einer marxistischen Grundkomponente – hier einmal davon abgesehen, daß das Chemnitzer Programm sich vom Marx und damit vom Sozialismus verabschiedete.

Der nächste weitere große Schritt auf dem Weg nach Chemnitz vollzog sich mit dem Dresdener Parteitag der PDS – Oktober 2001 - , der eine programmatische Richtungsentscheidung hin zum und für den Chemnitzer Parteitag war. Es wurde beschlossen, die seit Januar anlaufende Debatte in einem neuen Entwurf vorzulegen – und zwar auf der Grundlage des von der Parteivorsitzenden Zimmer vorgelegten Programmentwurfs, der von Klein und den „Gebrütern“ Brie erarbeitet worden war. Weitere Programmentwürfe – insbesondere der Programmwurf II, der zwar nicht marxistisch, aber immerhin sozialistisch war – wurden abgelehnt.

Für mich als Mitglied dieser Partei war damit der Rubikon überschritten; ich erklärte meinen Austritt aus dieser Partei. „Es ist an der Zeit, sich nicht länger von einer machtgeilen und charakterlosen bourgeoisisozialistischen Elite der PDS als Feigenblatt für eine „pluralistische Partei“ mißbrauchen zu lassen; es ist allerhöchste Zeit, sich von ihr zu trennen, ihr den Laufpaß zu geben.“ (RotFuchs, November 2001, S. 5)

Die im Januar 2001 anlaufende Programmdebatte zeigte sich als ein großes Tohuwabohu, das hier in concreto nicht behandelt werden kann. Aus dem Programmgeflüster jener Zeit sei jedoch das Folgende abzuheben. Ekkehard Lieberam schrieb in Z – Nr. 73 März 2008: unter „'Entwicklungsgang' im Kapitalismus und Programmdebatte“ das Folgende: „Entsprechende Programmentwürfe gab es in der Bundesrepublik bereits mit zwei Programmentwürfen im Jahre 2001, dem sogenannten Dreimännerentwurf und dem Alternativentwurf eines PDS-Programms (gemeint ist hier der Augustentwurf 2001, Witten; I. Wagner) Im Oktober 2003 in Chemnitz verabschiedete die PDS ein neues Programm.“ (S. 98/99) Diese Benennung ist nicht nur ohne ideologisch-politische Bewertung; sie ist auch aus einem anderen Grund unrichtig. Ausgeklammert werden zwei grundlegende Programmentwürfe aus den Reihen der PDS: Zunächst der Brie-Klein-Brie Entwurf, der im April 2001 erschien. ***Es war der Moderne Sozialismusedntwurf in Hochpotenz.*** Dieser Entwurf war eine Mixtur von Ansätzen der bürgerlichen Moderne plus primitiver Verfälschung Marxschen Gedankengutes. Er ging in abgeminderter Form unter Aufgabe des Modernebegriffs in das Dresdner PDS-Programm ein. Er machte überhaupt erst den Weg zu diesem Parteiprogramm frei. Man darf wohl vermuten, daß die *vollständige* Übernahme das rasche Ende der PDS als linker Flügel der Bourgeoisie zur Folge gehabt hätte. Der „Gebrauchswert“ dieser Partei wäre damit vorzeitig passé für die herrschende kapitalistische Klasse gewesen. Der alternative Programmwurf II, ausgearbeitet von Monika Balzer, Ekkehard Lieberam, Dorothee Menzner und Winfried Wolf, erschien im Mai;

er wurde allerdings gleichfalls abgelehnt. Er war kein marxistischer, aber immerhin ein sozialistischer, der allerdings die frühsozialistische DDR-Entwicklung in den Orkus versenkte.

Das von Lieberam erwähnte sogenannte Drei-Männer-Papier - verfaßt von Heinz Kallabis, Hans-Joachim Krusch und Ingo Wagner, erschien bereits im Februar 2001. Es fand einen wenn auch bescheidenen Verbreitungsgrad. **Allerdings: es war ein marxistischer Beitrag zur linken Programmdebatte in der BRD.** (Ein Lehrstück für andere. Drei DDR-Professoren lieferten Beitrag zur linken Programm-Debatte, Rot-Fuchs / April 2001, S. 7) Denn er basierte auf einer Analyse des entfesselten Kapitalismus unserer Zeit – unter Beachtung der digitalen Revolution -, skizzierte den Sozialismus heute als programmatisches Fernziel und plädierte mit den Forderungen und den Grundsätzen unseres Wirkens als Sozialisten bereits de facto für die Gestaltung eines Ausbruchsprogramm aus dem imperialistischen Spätkapitalismus. Das Fazit: „In Theorie und Praxis neu zu beantwortende neue Fragen, produktives weiteres Nachdenken über sozialistische Programmatik und Politik erfordern nicht nur dem Zeitgeist folgend vom Marxismus Abschied zu nehmen, sondern ihn entsprechend den sich veränderten gesellschaftlichen Bedingungen weiterzuentwickeln.“ (S. 16) Dieser marxistische Programmentwurf kann also niemals ohne jeden Kommentar in das Programmgeflüster Rechter und Linker in der PDS eingeordnet werden. Es war sicherlich ein Stolperstein auf dem programmatischen Weg zum Dresdner Parteitag der PDS, der - aus welchen Gründen auch immer – aus dem Weg geräumt werden mußte. Lieberam, der zunächst zum marxistischen Autorenkollektiv gehörte, verwarf diesen Entwurf und beteiligte sich später im Autorenkollektiv des Programmentwurfs II.

Wie dem auch sei. Mit allerlei Umwegen, Verletzung elementarer demokratischer Verhaltensregeln usw., die hier auszublenden sind, kam es zur Annahme des Chemnitzer Parteiprogramms (26. Oktober 2003). Wenn auch der äußere Bezug zum Modernen Sozialismus gekippt wurde: Die Methodologie der Ausarbeitung des Programmentwurfs war nicht die Marxsche Methode der Gesellschaftsanalyse, sondern das methodische Instrumentarium des Moderne-Konzepts. Sie ist der tragende Pfeiler dieses neuen Parteiprogramms; es sind solche, die dem Arsenal des Modernen Sozialismus bzw. der sozialistischen Moderne entnommen sind. Der Parteivorsitzende Lothar Bisky meinte nach der Annahme des neuen Programms, daß in Chemnitz die PDS gewonnen und niemand in der PDS verloren habe. „Wir alle haben gewonnen.“ (Disput/Pressedienst 11/03, S. 39) Das ist falsch. Gewonnen haben die Modernen Sozialisten und Reformpraktiker („Reformer“) – die Linken, vor allem die marxistischen, erhielten einer schwere Niederlage, von der sie sich nie erholen konnten. Mit anderen Worten: **Der innere Grundwiderspruch in dieser Partei seit dem Putschparteitag 1989 wurde mit dem Chemnitzer Parteitag und deren neuen Parteiprogramm,**

das dem Marxismus abschwor, zu Ungunsten der Marxisten gelöst. Was Johannes Leithäuser in der *Frankfurter Allgemeinen* am 29. September 2003 voraussagte, war Wirklichkeit geworden. >>Marxismus als >aluid<< < , hatte er geschrieben. „Der im Sommer zur Überwindung der PDS-Krise wieder herbeigeholte Parteivorsitzende Bisky hat in einem Zeitungsgespräch erkennen lassen, welchen Effekt die programmatische Operation der nächsten Wochen nach dem Willen der Parteiführung haben soll. Der Marxismus als programmatische Verpflichtung, als Gesetz und Fundament, soll aus der Partei entfernt, die Marxisten hingegen sollen zum Bleiben bewogen werden. Auf das Schicksal der Orthodoxen in der Partei angesprochen, äußerte Bisky: >Die PDS soll auch offenbleiben für alle Menschen, die ein anderes Gesellschaftsmodell als Vorstellung haben.< Demnach wären also die Anhänger einer wissenschaftlichen Unausbleiblichkeit der sozialistischen Gesellschaft jetzt vom einem Wesensmerkmal zu einem >aluid<, zu einem geduldeten Unterscheidungsmerkmal geworden.“ Diese kluge und seriöse Aussage impliziert die Frage: Was sollen nun Marxisten in der PDS tun, die ins Abseits gestellt wurden?

Auf die Beantwortung dieser Frage bin ich in meinen beiden offen-siv Beiträgen eingegangen. Im letzten wurde vor allem die *innere* widerspruchsvolle Entwicklung dieser Partei, die Rolle Lafontaine, der „große Kompromiß“ des Erfurter Parteitag sowie die Bewegungsdialektik der unterschiedlichen Parteiströmungen und viele andere Fragen behandelt. Man kann dies alles in meinen bisherigen Veröffentlichungen nachlesen. Abheben möchte ich hier nur einige Folgerungen als Fazit meiner bisherigen Darlegungen insgesamt: ***„In dieser Zerfallsphase der Linken als einer sozialdemokratischen Partei sui generis beginnt sie nunmehr bereits verstärkt de facto als linker Flügel der Bourgeoisie zu agieren, nachdem die SPD sich langem in eine „normale“ bürgerliche Partei verwandelt hatte. Das ist der gegenwärtige Charakter und Gebrauchswert dieser Partei, die sich bereits mit der Entwicklung der PDS herausentwickelt hat.“*** (offen-siv 3-2013, S. 47) Die marxistische Linke insgesamt spielt durch ihre Aufgabe marxistischer Grundpositionen und ihre politisch-ideologische Reduzierung auf elementare emanzipatorische und demokratische Forderungen und das *faktische* Dulden der „Staatsräson“ ebenfalls *faktisch* die Rolle eines Feigenblattes für die ebenfalls *faktische* sozialdemokratische Parteiführung. Aus pragmatischen Gründen kann man die Linkspartei durchaus unterstützen, um weiteren sozialen Verschärfung und den kriegerischen Treiben der imperialistischen Kräfte, beim Kampf für Frieden und Abrüstung sowie bei der Verteidigung antifaschistischer Kräfte zumindest einen, wenn auch schwachen und brüchigen Riegel vorzuschieben. Einen bestimmten „Gebrauchswert“ hierbei kann man unter den gegebenen politischen Machtverhältnissen nicht verneinen. ***Aber jede Möglichkeit, die Menschen an die Erkenntnis revolutionärer Veränderungen heranzuführen, ist aber mit einer***

solchen „Linken“ Partei gleich Null. Sie wird verstärkt durch die, die für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft stehen und sich bemühen, einen revolutionären Aufbruch zu verhindern. Es wurde sichtbar, daß hierin nach wie vor der Gebrauchswert dieser Partei für das kapitalistische System besteht, um zu verhindern, daß sich ein wirklich *oppositionelles* oder gar *revolutionäres* Subjekt herausbildet. *In diesem Sinne zeigt sie sich historisch potentiell als eine konterrevolutionäre Kraft in Permanenz.* In dieser Sicht könnte natürlich die Existenz dieser Partei eine längere Existenz beschieden sein, sollte für sie nicht aus anderen Gründen das Sterbeglöckchen läuten. Der weitere Geschichtsverlauf hält sicherlich Überraschungen bereit, deren Möglichkeiten ich in meinen beiden offen-siv-Arbeiten angedeutet habe.

Ich möchte nunmehr diese grundlegende Einschätzung als Überleitung zu den Schlußfolgerungen für die Linkspartei als knappe Anleitung zur Auswertung der Bundestagswahl mit den Worten des alten Lenins Klartext sprechend beenden; sie treffen auch auf die **beiden Grundströmungen** in der Linkspartei zu, nachdem sich mit der Vereinigung mit der WASG, die für die Linke ein unverhofftes Geschenk war, sie nunmehr in der Bundesrepublik insgesamt angekommen ist. Dadurch konnte sie ihren Charakter als Partei des **kleinbürgerlichen Reformismus** voll ausprägen – d.h. „mit biederem demokratischen und ‚sozial‘ demokratischen Phrasen und ohnmächtigen Wünschen verbrämtes Lakaientum vor der Bourgeoisie, und kleinbürgerlichen Revolutionarismus, drohend, aufgeblasen und großtuerisch in Worten, ein zersplittertes, kopfloses Nichts in der Tat – das sind die beiden ‚Ströme‘ dieser Schwankungen. Sie sind unvermeidlich, solange die tiefsten Wurzeln des Kapitalismus nicht beseitigt sind.“ (Lenin Werke, Bd. 33, S. 1) Ihre Form wird sich natürlich heute und künftig modifizieren.

Zunächst. Es wurde ausgewiesen, daß eine solche Einschätzung seit dem Putschparteitag vom Dezember 1989 die innere Entwicklungslinie dieser Linkspartei offenlegt. Auch das Schicksal des Parteiprogramms der Partei „Die Linke“ machte um diese „Entwicklungslinie“ keinen Bogen. Als nichtmarxistisches Programm hatte es zwar antikapitalistische Züge, war klar antifaschistisch ausgerichtet und auf Frieden orientiert. Aber als ein „Kompromiß besonderer Art“ (E. Lieberam) trug es Züge einer solchen Dichotomie, die metaphorisch die Programmaussagen wandelnd verschiedene, gegensätzliche Interpretationen des Textes zulassen. Der programmatische Streit zeigte sich dann in der Folgezeit als eine Auseinandersetzung zwischen linken und rechten sozialdemokratischen Sozialisten, wobei letztere das Rennen machten. Die noch marxistischen Kräfte saßen somit bereits damals in der historischen Falle. Sie haben sich mit ihrer Einordnung in den „Großen Programmkompromiß“ den Blick mit Marx und auf die Erfordernisse der 21. Jahrhunderts nach dem Ende des alten sozialdemokratischen Zeitalters verbaut und sich selbst erneut zu einer Lückenbüßer-

funktion degradiert, die in der Folgezeit *verstärkt* als ein korrumpierender Sprengsatz wirkte.²⁶ Mit dem Abgang von Lafontaine ist auch dieses Programm *faktisch* von der politischen Bildfläche verschwunden.

Meine Grundthese zur Bundestagswahl für die Linkspartei ist: Grundsätzlich hat sich durch den Wahlausgang an der inneren „Entwicklungslinie“ der Partei Die Linke nichts geändert. Der Zahlenspiegel des Wahlausganges – auch für die Linken – ist für mich ein mehr „äußerliches“ Moment, da er von sehr vielen Psychoanalysen geprägt wird, die hier außen vor bleiben müssen. In meinen Augen ist das Wahlergebnis der Linken ein Pyrrhussieg. Ja – aber: sie hat eine Gesamtzahl von 5.170.000 erreicht und mehr als ein Viertel gegenüber 2009 eingebüßt. Sie hat an die SPD 680.000 (= 13,8 Prozent der linken Wählerstimmen von 2009) und 560.000 an die Nichtwähler verloren. ... Ehe der wahre Charakter der AFD allen offenbar wurde, waren weitere 340.000 Stimmen dorthin gegangen – der 3. Platz der Verluste. Wo bleibt Frau Merkel? Auf dem 4. Platz mit immerhin 230.000 von den Linken an die CDU gegangenen Stimmen, dafür, daß es nicht schlimmer gekommen ist, für die Verheißung von Sicher- und Geborgenheit. Sie hat den Linken eine Lehre erteilt, wie wichtig eine psychologisch geschickte Wahlkampfführung ist, ohne Zänkereien und Intrigen.“ (S. Baumann, junge Welt, 28. Oktober 2013)

Obwohl sich durch diese Wahlanalyse an meiner obigen grundsätzlichen Positionsbestimmung nichts ändert, gibt es sicherlich neuartige Erscheinungsformen, die allerdings bereits mit der Annahme des Chemnitzer Parteiprogramms ihren spezifischen Ausgangspunkt nahmen. Ich habe oben erwähnt, daß mit der Verabschiedung des Marxismus die programmatische Verpflichtung aus der Partei entfernt, die Marxisten allerdings zum Bleiben bewogen wurden. Aber um welchen Preis? Die größte Niederlage der marxistischen Linken in der PDS war, die Annahme des Chemnitzer Parteiprogramms nicht verhindert zu haben. Sie konnte zwar den Deformationsprozeß der PDS verlangsamen, hat aber selbst entscheidende Fehler gemacht und insofern mitgeholfen, dem Modernen Sozialismus Tür und Tor zu öffnen.²⁷

Den Vogel hierbei schoß allerdings Sara Wagenknecht in einem Interview in der *jungen Welt* vom 29. Oktober 2003 ab. Sie schätzte das Kräfteverhältnis in der PDS offensichtlich falsch ein: „Ein wesentlicher Flügel der PDS (strebt) danach, in dieser Gesellschaft anzukommen und dieses Ankommen zu untersetzen.“ Zum anderen

²⁶ Siehe Ingo Wagner: Am Scheideweg? Reflexionen zum Parteiprogramm der Partei „Die Linke“, unsere Zeit 18. November 2011.

²⁷ Dies habe ich in meinen Buch *Eine Partei gibt sich auf* ausführlich dargestellt, S. 167 ff.

auch so: „Es gibt innerhalb der PDS linke Kräfte ..., die stark genug sind, Veränderungen zumindest in bestimmten Fragen durchzusetzen“. Kein Kommentar! Und auf die Frage, ob ihr die Abkehr von marxistischen Prinzipien nicht zu schaffen mache, antwortete sie: „Von denen hat sich die PDS schon im 93er Programm verabschiedet, das ist nichts Neues. Zudem versteht sich ja die PDS ausdrücklich als plurale Partei.“ Einspruch! Die kosmetischen Verbesserungen werden überhöht und die Akzeptanz des Modernen Sozialismus als Kern des Programms unterschlagen. Weiter. „Es hat sowohl im Vorfeld als im Verlauf des Parteitages einige Veränderungen gegeben, die man nicht klein reden sollte... . Das Maximalprogramm derer, die das antikapitalistische Profil der PDS entsorgen wollten, ist bei weitem nicht aufgegangen.“ Falsch! Die KPF hat aber andere Möglichkeiten ihrer weiteren Arbeit - wie man an der Rekonstruktion der deutschen marxistischen Linken früher oder später mitarbeiten könnte - verspielt. Ihre Mitglieder haben sich freiwillig in die babylonische Gefangenschaft der Rechten, die ihre Chancen nutzten, begeben. Sie wollten auch künftig in der PDS aktiv sein. Sie haben sich damit in die Quadratur des Kreises begeben und mutierten, das zeigt ihre Entwicklung bis heute, zu einem Hemmschuh für eine progressive historisch notwendige marxistische Entwicklung. Sie werden so am Halm der Linkspartei und mit ihr verfaulen. Sie helfen so mit, die Menschen über den Charakter der Linkspartei zu täuschen und sie in den „Gebrauchswert“ der Linken für das bürgerlich-kapitalistische System einzubinden. Hier gilt: MITGEGANGEN – MITGEFANGEN – MITGEHANGEN. Und das gilt in heutiger Sicht auch für die verschiedenen mehr oder weniger antikapitalistischen Strömungen in der Linken. Auch um das Marxistische Forum (Leipzig), das sich über lange Zeit durch seine theoretischen marxistischen Erneuerungsbemühungen auszeichnete, macht diese Entwicklung keinen Bogen. Aus welchen Gründen auch immer setzen sich Bestrebungen durch, diese marxistischen Bemühungen durch strategisch-taktische Diskurse zum inneren Grundwiderspruch der Partei Die Linke zu ersetzen.

Das Fazit dieser Entwicklung kann natürlich nicht davon abstrahieren, welche Rolle Gysi in diesem Prozeß spielte, die hier nur abgesehen von allen historischen Detail angedeutet werden kann. Mit und seit dem Putschparteitag 1990 plädierte er dafür, daß die PDS nicht nur als Partei, sondern zugleich als „Bewegung“ zu verstehen sei und endgültig Abschied vom Modell einer Weltanschauungspartei nehme. Und damit lief der Kernpunkt des Erneuerungskurses der *reformsozialistischen* Kräfte seit dieser Zeit schon darauf hinaus, sich vom Marxismus zu verabschieden, der nur noch als eine Strömung in der Partei verstanden werden sollte. Gysi, der hierbei ein kaum überschätzendes Maß an Scharlatanerie entfaltete, arbeitete intensiv an der Entwicklung eines Modernen Sozialismus mit. Ihm gelang es auch, nach der Vereinigung mit der WASG Lafontaine auszubooten und mit der Gestaltung seines **Zentralismus der**

besonderen Art sich zum „Zuchtmeister“ der Linken zu entwickeln. Die öffentlichen Einschätzungen der ideologisch-politischen Rolle durch Gysi selbst und seinem Umfeld sowie durch die linke und bürgerliche Presse sind Legion. Die Linke wurde drittstärkste Kraft der Bundesrepublik. Gysi machte dabei zugleich das innerparteiliche Rennen, indem er mit der „Kaltstellung“ von Sara Wagenknecht bezüglich der Doppelspitze hinter verschlossenen Türen zugleich in düsteren Worten eine Perspektive seiner Partei ohne ihn an der Spitze verdeutlichte – allerdings nur für den Fall, daß die Doppelspitze von der Fraktion gewählt werden sollte. „Es war, so sagten hinterher Teilnehmer, kein reines Ultimatum, aber es war ‚ein Blick in den Abgrund‘, so wie Gysi es empfindet.“ (Dieter Wonka, LVZ, 10. Oktober 2013)

Es ist in dieser Abhandlung nicht möglich, das Pressegeraune auch der Linken zu ihrer eigenen Entwicklung abzuhandeln. Aber am ausgewählten Beispiel soll zumindest der Entwicklungstrend angedeutet werden. So meinte Gysi im Gespräch über seine Rolle als Oppositionschef und zum Weg in Richtung Rot-Rot-Grün u.a.: „Die Große Koalition wird eine Zeit des Stillstands werden, also müssen wir die SPD hart kritisieren. Auf der Landesebene kann man sich ja durchaus annähern. Es sollte doch eine Selbstverständlichkeit sein, daß SPD und Linkspartei eine Regierung bilden, wenn sie eine Mehrheit haben. ... In dem Moment, in dem die SPD eine Diskussion über Rot-Rot-Grün in der Partei eröffnet, findet sie auch bei uns statt. Man kann die Gesellschaft auch aus der Opposition heraus verändern. Aber besser geht es, wenn man regiert. ...“. Auf die Frage **„Die Geschichte der Linkspartei war für die SPD und Grüne lange Zeit eine Ausschließungsgrund. Ist das nun heute kein Problem mehr“**, antwortet er: „Nein, das ist Vergangenheit. Wir haben einen geschäftsführenden Parteivorstand, in dem kein einziges ehemaliges SED-Mitglied mehr sitzt. Das wäre früher schlicht undenkbar gewesen. Auch in der Fraktion sind solche Leute in der Minderheit.“ ... (Der Freitag, 24. Oktober 2013, Politik S. 5) Kein Kommentar!

Nunmehr erklärte sich die SPD offen für solche Verhandlungen mit der Linkspartei – natürlich mit einer hohen Hürde hierfür. Die „Freie Presse“ (14. November 2013) kommentiert dies u.a. so: „Als Hürden gelten nicht mehr jene atmosphärischen Spannungen wie zu Zeiten des Saarländers Oskar Lafontaine, der vom Chef der einen zum Chef der anderen Partei wurde. Dennoch bleiben auch ohne die Reizfigur Lafontaine inhaltliche Differenzen bestehen, die schon in der Vergangenheit als Ausschließungsgrund herangezogen wurden. Die Sozialdemokraten wollen sich nach wie vor nur mit den Linken einlassen, wenn sie ihren Widerstand gegen Nato und Bundeswehreinmächtigkeiten aufgibt und keine unbezahlbaren sozialpolitischen Wohltaten mehr verspricht.“ In diesem Spannungsverhältnis gab es bei den Linken nicht nur zurückhaltende Positionen, sondern auch Genugtuung, so auch bei der Parteichefin Kipping. „Sie wertete die mögliche Neuorientierung der SPD als ‚späte, aber notwendige Einsicht‘. Die SPD

akzeptiere, daß es für Rot-Grün allein im Bund perspektivisch nicht reiche. Auch Linke-Fraktionschef Gregor Gysi scheint auf diesem Schritt gewartet zu haben. ‚Die Ausschließberitis hat der SPD nichts genutzt.‘ Sie hat sich damit ‚selbst in die Große Koalition hineingezwungen‘. Aber zugleich stellte auch Gysi Bedingungen: ‚Er forderte von den Sozialdemokraten, sich politisch zu bewegen: Krieg in Afghanistan, der größte Niedriglohnsektor in Europa oder die Rente mit 67 seien ‚nicht sozialdemokratisch‘, findet der Fraktionschef.‘

Gysi ignoriert hier offensichtlich, daß die heutige Sozialdemokratie eine stinknormale bürgerliche Partei ist, die mit ihrem faktischen Übergang auf neoliberale Positionen sich zur tragisch-komischen Figur entwickelt hat, die heute mit CDU/CSU um die Verbesserung des Maßverhältnisses des ‚Bourgeoisiesozialismus‘ für die ‚Mittelschicht‘ kämpft. Und total ausgeblendet bleibt, daß solche emanzipatorischen und progressiven Forderungen zum Arsenal seines Zentralismus der besonderen Art gehören, die hierfür Mittel zum Zweck sind.

Es darf natürlich nicht ausgeklammert werden, daß sich in und außerhalb der Linken auch Stimmen melden, die Ablehnung oder Bedenken gegen diesen Kurs publizistisch vortragen. Aus diesem Stimmengewirr einige Beispiele. Werner Pirker moniert, daß sich die Linke-Vorsitzende *Katja Kipping* um die NATO sorgt. Obwohl die Linke immer programmatisch für die Auflösung der NATO eintrat. ‚In einer Erklärung von Kipping, Gysi und Bernd Riexinger zum Abhörskandal wird die Bundeskanzlerin aufgefordert, die ‚Perspektive der transatlantischen Partnerschaft für Frieden, Demokratie, wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich‘ zu benennen. Stellt sich die linke Parteiführung etwa so die Auflösung der NATO vor – im dialektischen Sinn von Aufheben und Bewahren? Oder versucht sie sogar, die westliche Aggressionsallianz zu einem Friedens- und Demokratieprojekt umzudeuten? ... Und da große Teile der Mainstreamlinken ohnedies der Ansicht zuneigen, daß emanzipatorische Anliegen in der westlichen Wertegemeinschaft am besten aufgehoben wären, sind Gysis und Kippings Auftritte als die ‚besseren Imperialisten‘ eine zwar lachhafte, aber aus der Logik ihrer Anpassungsbereitschaft durchaus glaubhafte Nummer.‘ (*junge Welt*, 26./27. Oktober 2013, S. 8) Und in *junge Welt* (13. November 2013, S. 8) vermerkte Pirker zutreffend: ‚Parteichefin Katja Kipping nennt den Kriegspakt ‚Nordatlantische Sicherheitsarchitektur‘, deren Beschädigung durch den NSA-Skandal sie beklagt. Chefkarrierist Stefan Liebich ist Mitverfasser eines parteiübergreifenden Papiers, in dem die EU als Instrument zur deutschen Machtentfaltung gewürdigt wird. Gabriels zynisches Kalkül, Die Linke bis 2017 dahin zu bekommen, wo er sie haben will, könnte also durchaus aufgehen.‘ Ja, so ist es! Andreas Wehr meint zutreffend, daß der Programmwurf der Linken zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 Illusionen über mögliche Veränderungen der EU nährt. (*junge Welt*, 5. November 2013, S.

3) In Newsletter Oktober 2013 warnt er vor einem Zusammenwirken von SPD, Grüne und Linkspartei, denn die Linke müßte in einer theoretisch denkbaren Regierungsbeileilug Ja zu Hartz IV und zur Nato sagen. Und das würde die Linkspartei zerstören.

Es soll aber auch nicht verschweigen werden, daß sich in der Linken selbst warnende Stimmen erheben. So geht Peter Preis der Frage nach, welche Konsequenzen zieht Die Linke aus dem Wahlergebnis? Rot-Rot Grün – zu Gabriels Bedingungen? Er meint schlußfolgernd: „Sicher ist zur Zeit nur eins: Die Auseinandersetzung über den Weg der Linken wird weitergehen. Sollte sie zugunsten jener entschieden werden, die Die Linke in eine rot-rot-grüne Regierung nach Gabriels Wünschen führen wollen, wird das neue linke Projekt, das 2005 so hoffnungsvoll begann, keine Zukunft haben.“ (junge Welt 5./6. Oktober 2013, S. 3) Einmal davon abgesehen, daß Lafontaine die Partei auch nicht gerettet, sondern ihre Existenz mit seinem linken Sozialdemokratismus als „Zwischenspiel“ verlängert hätte, ist seine Folgerung richtig. Die Kommunistische Plattform will in ihrem Überlebenskampf „Ohne wenn und Aber“ den Linken verordnen, Antikriegspartei zu bleiben. „Wer’s glaubt, wird selig.“ Die Bundesarbeitsgemeinschaft Antikapitalistische Linke in der Partei Die Linke leisten mutigen Widerstand gegen den Rechtstrend in der Partei, der aber in meiner Sicht nicht vom *Marx’schen Denken heute* getragen wird und deshalb auf wackligen Füßen steht. Kämpferisch konsequent tritt auch die Bundestagsabgeordnete *Sevim Dagdelen* auf, die in der Europa- und Friedenspolitik klare Kante zeigt. (junge Welt, 21. Oktober 2013, S. 3) All diesen Bemühungen gilt Respekt und Anerkennung. Und das sieht auch Ekkehard Lieberam so, der seine Wahlanalyse „*Alles so schön ruhig*“ in junge Welt (24. September 2013, S.10/11) mit folgendem Ergebnis schließt: „Die Linke geht anders aus den Wahlen hervor, als sie hineingegangen ist: als Partei, die nun aber ganz bestimmt 2017 neben SPD und Grünen Regierungspartei sein will. Die antikapitalistischen Linken in der Partei werden sich wehren müssen.“ Ja! Aber wie?

Diese Frage möchte ich in gebotener Kürze am Beispiel eines Artikels von Lieberam „*Die Linke und die Bundestagswahl 2013 – Ergebnisse, Probleme, Folgerungen*“ (Marxistische Blätter 6/13, S. 15 ff.) beantworten. In diesem Beitrag gibt es viele zutreffende Aussagen. So: „Die Linke trug im Wahlkampf nur wenig (im Zusammenhang mit der Rolle der Banken aber punktuell Wesentliches) zur Aufklärung über die machtpolitischen Verhältnisse bei. Ihre maßgebenden Politiker, gerade auch Gregor Gysi, vermitteln jedoch insgesamt ein Bild der gesellschaftlichen und politischen Zustände, das wenig mit der Wirklichkeit der kapitalistischen Machtstrukturen zu tun hat. Das parlamentarische System wird so dargestellt, als ob Regierung und Macht identisch sind. Und ein „Politikwechsel“ lediglich einer Willensübereinstimmung der „linken Parteien“ bedürfen.“ Einverstanden. Weiter. „Maßgebende Politiker der Par-

tei, insbesondere Gregor Gysi, rückten im Verlauf des Wahlkampfes 2013 die Forderung nach einer ‚Rot-Rot-Grünen Bundesregierung‘ nicht nur ins Zentrum ihrer Wahlaussagen, sondern auch ihrer Gesellschaftsstrategie. ... Aber mit der ständigen Forderung nach ‚Rot-Rot-Grün‘ wandelte sich ihr Erscheinungsbild von einer Oppositionspartei, die die Systemfrage, die Eigentumsfrage und die Machtfrage stellt, hin zu einer ‚Regierungspartei im Wartestand‘. **Und hier wird nun plötzlich die Systemfrage de facto in der Fassung von Lafontaine gestellt, ohne dies kenntlich zu machen. Alles, was Lieberam zur klaren „antikapitalistischen Orientierung“ schreibt, hat mit der Marxschen Lösung der Systemfrage nichts zu. Er vertritt hier mit seiner „Gesellschaftstheorie“ seinen Abschied vom Marxschen Denken heute. Er plädiert de facto für eine modernisierte „Anpassungstheorie“ an das kapitalistische System, deren Wurzeln bis weit in die Vergangenheit zurückreichen.**

Was tun? In einer Einschätzung eines Beitrags der „Antikapitalistischen Linken“, die sich als „Roter Pfeffer in der Suppe“ einer nichtmarxistischen Linkspartei versteht, die als kleine Parteiströmung noch nicht völlig untergepflügt ist, habe ich eine solche Folgerung getroffen, die für die antikapitalistische Linke *insgesamt* gilt. Für den Erfolg dieser Linken gibt es nur zwei Entwicklungsmöglichkeiten: „Entweder sie versucht, auf der Grundlage eines weiterzuentwickelnden Marxismus, an der sie aktiv mitwirken könnte, ihren Beitrag für die Erkundung eines marxistischen Sozialismuskonzepts und der Gestaltung eines Ausbruchsprogramms (Übergangsprogramm) für die progressive Entwicklung der menschlichen Evolution zu leisten – alles Fragen, die inhaltlich auf einem anderen Blatt stehen, das hier nicht beschrieben werden kann -; oder sie wird mit der Linkspartei versuchen, eine Gesellschaft zu gestalten, die man als eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus bezeichnen kann, die aber in Wirklichkeit innerhalb des Kapitalismus verbleibt, sich damit sozusagen mit der Aufgabe der marxistischen Parteitheorie die Spontaneität auf ihre Fahnen schreibt.“ (junge Welt, 11./12, Mai 2013, S 14) Und damit wäre die Entwicklung der antikapitalistischen Linken insgesamt an das historische Schicksal der nichtmarxistischen Linkspartei gekettet, worüber die Geschichte früher oder später entscheiden wird.

Aus meinen bisherigen Darlegungen ziehe ich den Schluß, daß Gysi als Oppositionsführer im Bundestag seinen Kurs als **Zentrist sui generis** auf Rot-Rot-Grün wahrscheinlich zu Gabriels Bedingungen für die nächste Bundestagswahl oder bei einem frühen Verschleiß einer schwarz-roten Bundesregierung konsequent und hartnäckig fortsetzen wird. Als das alleinstehende „Alphatier“, wie er sich selbst einmal bezeichnete, wird er jeden ernsthaften Versuch, das Zustandekommen einer künftige Koalition (wahrscheinlich) mit der SPD zu behindern, mit eiserner Hand in den eigenen Reihen unterbinden. **Das bedeutet einerseits, die bedingungslose Unterordnung der anderen „linken“ Parteiströmungen wird im Grundsätzlichen konsequent fortge-**

setzt und der Maulkorb fest angezogen. Das energische Aufbegehren kann nur die Trennung bedeuten. In meiner Sicht gibt es hierfür keine objektiven Bedingungen. *Andererseits werden die Modernen Sozialisten der alten Garde (Michael Brie, Dieter Klein u.a. verschiedener Provenienz) an der langen Leine gelassen und ermuntert, ihre „Transformationstheorien“ weiter auszubauen. Und Gysi selbst spielt jetzt verstärkt als Oppositionsführer das Klavier der „Staatsräson“ als linker Flügel der Bourgeoisie weiter.* Und das in einer Situation, in der die staatlich herrschende Monopolbourgeoisie mittels ihrer politischen Parteien ein bestimmtes Maß an „Bourgeoisiesozialismus“ durch „Sozialdemokratisierung“ einführen und damit zugleich einerseits die SPD als bürgerliche Partei in Zugzwang bringen, aber zugleich andererseits die sozialen Minimalforderungen der Linken aufweichen. Als „Stabilisierungsfaktor“ bleibt das Anliegen der Partei Die Linke als linker Flügel der Bourgeoisie nach wie vor notwendig. Natürlich wird sich mit dem weiteren Schicksal dieser Partei auch dieses Phänomen historisch modifizieren, worüber man jetzt nicht spekulieren sollte. Für das Heute gibt es ein anderes Erfordernis, das ich mit einem Leserbrief in der *jungen Welt* einleiten möchte.

Marx Stirner plädiert in seinem Leserbrief in *junge Welt* (4. November 2013) für eine „**Linke Korrektur**“. „Mit der Gründung der Partei Die Linke wollte sie eine linke Korrektur der SPD sein und die anderen Parteien vor sich hertreiben. Jetzt wäre es an der Zeit, wie in Österreich mit der Partei der Arbeit, daß auch die Linke eine organisierte linke Korrektur bekommt.“ Er stellt die Frage, wer das wohl sein könnte? „Die Deutsche Kommunistische Partei nicht, denn sie ist selbst in sich zerstritten, zum einen in reformistische Mainstreamlinke ... und zum anderen der schwächelnde marxistische Flügel. ... Was gibt es besseres für die herrschende Klasse, wenn die Linke weiterhin zersplittert bleibt.“ Seine Folgerung: „In Österreich war es die KOMintern, die die Gründung einer wirklichen marxistischen Partei jahrelang vorbereitete. Vielleicht sollte dies auch in der BRD versucht werden. ...“

In offen-siv 3-2013, S. 47 f.) habe ich vermerkt, daß dieses Anliegen auch in Deutschland erstrangige Bedeutung für die Zerschlagung des gordischen Knotens der Gegenwart erhält, der die Herausbildung eines subjektiven Faktors für einen sozialistischen Neuanfangs bedarf. Und daß hierbei auch offen-siv eine beachtliche Rolle spielen könnte. Meine freudige Zustimmung zur Gründung und zu den Grundsätzen einer revolutionären Partei der österreichischen Arbeiterklasse wird auch persönlich dadurch geprägt, daß ich die „Anfangsgründe“ dieser Entwicklung in Österreich selbst erleben durfte. In der KPÖ hatte eine Gruppe um Walter Baier den Entwurf eines neuen Parteiprogramms, den eine vom 32. Parteitag (2003) autorisierte autonome Programmkommission ausarbeitete, kurzerhand ignoriert und durch eine Orientierung ersetzt, womit die Partei in eine Bewegung zur Sammlung von Gruppierungen

des ideologischen und politischen Pluralismus einmünden sollte. Ein marxistisches Komitee zur Neufassung eines zeitgemäßen kommunistischen Programms stellte diesen Entwurf der Öffentlichkeit vor, das vom Genossen Willi Gaisch (Steiermark)²⁸, wesentlich befördert wurde. Ich konnte an dieser Veranstaltung teilnehmen und ebenfalls ein Einführungsreferat „Anmerkungen zur marxistischen Programmatik heute“ halten, das gleichfalls eine lebhaft, kreative und anspruchsvolle Debatte auslöste. Dabei habe ich auch die Aktivisten der heutigen kommunistischen Neugründung Genossen Tibor Zenker u. a. kennengelernt, denen ich viel Erfolg für ihr ihre weitere verdienstvolle Arbeit in der neuen kommunistischen Partei, die ich aufmerksam verfolge, wünsche.

Ich stimme Max Stirner in seinem genannten Leserbrief grundsätzlich zu, daß auch die Linke in Deutschland eine organisiert linke Korrektur bekommen sollte. Nun ist allerdings die Lage in Deutschland eine andere als in Österreich. Die Partei der Arbeit hat sich aus der zutiefst revisionistischen KPÖ herausgelöst und einen längeren Formierungsprozeß bis zur Parteigründung durchlaufen, worauf Stirner zutreffend verweist. In Deutschland ist die Möglichkeit für einen solchen Ausbruch aus der Partei Die Linke unmöglich, da alle Chancen hierfür in der Vergangenheit verspielt und der Marxismus für das Heute entmannt wurden. Hieran ändert bei dem gegebenen objektiven politischen Kräfteverhältnis auch nicht, daß die „Antikapitalistische Linke“ (und andere linke Zusammenschlüsse marxistischer Provenienz) der negativen Entwicklungstendenz in der Linken noch bescheidenen Widerstand entgegensetzen.²⁹ Die Linke kann in meiner Sicht nur noch als „*Linker Flügel der Bourgeoisie*“, d.h. als eine systemintegrale politisch-ideologische Partei im Sumpf des bürgerlichen Parlamentarismus versinken.

Eine solche Folgerung zwingt, einen kurzen Blick auf die Substanz unseres subjektiven Faktors in Deutschland zu richten. *Die Lage der kommunistischen Bewegung in unserem Land ist mehr als besorgniserregend, so daß ich leider sagen muß: „Es steht nicht gut um unsere Sache!“ Die noch vorhandenen kommunistischen Organisationen sind Splittergruppen, die sich auf „eigenen“ Erfahrungshorizont und insofern auf „eigene“ Existenzberechtigung“ berufen. Kennzeichen sind Zersplitterung, Konfusion und erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Insofern gibt es nicht eine kommunistische Bewegung, sondern viele.* Auf die Differenzen will ich hier

²⁸ Genosse Gaisch, mit dem mich genossenschaftliche Freundschaft verband, ist leider verstorben.

²⁹ Siehe: *Allein gegen das Kartell. Aus einem Aufruf der Antikapitalistischen Linken*, junge Welt, 14. November 2013.

nicht eingehen, sondern sogleich zu Sache kommen. **Mit vielen anderen Marxisten habe ich mich stets für einen langfristigen Aufbau einer einheitlichen revolutionären marxistischen Partei in Deutschland ausgesprochen, die im Sinne von Marx, Engels und Lenin weiterentwickelt werden sollte. Eine solche Partei muß am kommunistischen Kulminationspunkt des Denkens von Marx, Engels und Lenin konsequent festhalten, auch wenn der Kommunismus aus Sicht des subjektiven Faktors gegenwärtig nicht auf der geschichtlichen Tagesordnung steht. Ich unterstütze deshalb auch den Appell viele meiner Kampfgenossen, sich im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus zusammenzuschließen.**

Die „Gretchenfrage“ ist allerdings, wie dies erfolgen könnte? Denn hieraus ergeben sich die Probleme, Vorschläge und Folgerungen für eine langfristige Gestaltung einer politisch wirksamen marxistischen Partei in Deutschland. In meinem offen-siv Beitrag 3-2013 (S. 48) habe ich bereits dieses Problem angesprochen, daß aber dieser Fragenkomplex auf einem anderen Blatt steht, das hier nicht fortgeschrieben werden kann. Denn dies erfordert jetzt einen weiteren, zukünftigen Beitrag, den ich gemeinsam mit Werner Roß in offen-siv vorstellen möchte. Jedoch: die Grundkontur dieses Beitrages läßt sich knapp bereits hier skizzieren.

Wir benötigen für die weitere, sicherlich langfristige Debatte, die nur ernsthaft, solide, wissenschaftlich und genossenschaftlich geführt werden kann, ein **gediegenes Maß theoretischer und praktischer Vernunft**; *ohne dieses Maß wird die notwendige Belebung des subjektiven Faktors nicht möglich sein*. Roß hat hierzu unmißverständlich zu „Klarheit und Einheit im Spannungsverhältnis von Kommunisten“ gefordert: Klarheit in Fundamentalpositionen zur Aktivierung des subjektiven Faktors, bei Protestaktionen und Widerstandshandlungen, die strategisch sowie taktisch in einem Ausbruchsprogramm kulminieren sowie hinsichtlich eines zeitgemäßen Sozialismusbildes, das nicht ohne Extrapolation auf den Kommunismus erarbeitet werden kann. In Stalins langem Schatten läßt sich keine neue kommunistische Bewegung aufbauen.³⁰ Und dies verlangt, daß die bestehenden kommunistischen Organisationsformen sich unabhängig von Differenzen an einer politischen Blockbildung beteiligen; die bestehenden Differenzen müssen zwingend an eine *nachgeordnete* Stelle rücken. Sie sind später perspektivisch auf dem Boden der Klassiker bei Weiterentwicklung des Marxismus unter den Bedingungen unseres Jahrhunderts zu lösen.

³⁰ Siehe W. Roß: Klarheit und Einheit im Spannungsfeld von Kommunisten, in: *Heraus aus Stalins langem Schatten, Für eine zukünftiges Sozialismuskonzept*, Marxistisches Forum, Heft 65, Leipzig Januar 2012, S. 52ff.

Abschließend: Ich bin mir über den Schwierigkeitsgrad der weiteren Debatte und des Erfolgs des hier angedeuteten Anliegens durchaus im Klaren - Faktoren, die ich nicht mit meiner Lebenszeit messen kann. Aber ich halte es mit Ernesto Che Guevara: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche.“

Ingo Wagner

Frank Flegel: Zu den Diskussionen um „Stalins langen Schatten“

Lieber Ingo Wagner, so treffend Deine Analyse der Partei „Die Linke“ ist, so problematisch sind Deine kurzen Thesen zum Prozess der Einheit der Kommunisten/innen in Deutschland, die Du als kurze Grundkontur einer Arbeit andeutest, die Du gern in der offen-siv vorstellen möchtest.

Du propagierst eine Abkehr vom Vorbild des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion (das sowjetische „Modell“, wie es unter Stalin entstanden ist) – und dies schon so lange, wie ich Dich kenne. Lass mich kurz skizzieren, was dieses „Modell“³¹ ausmacht: Sozialismus war in der Sowjetunion, als die Arbeiterklasse die politische Macht errungen hat (und das gelang auf der Grundlage der Leninschen Parteikonzeption, also auf Grundlage einer avantgardistische Führung des Proletariats durch seine revolutionäre Partei), als die Produktionsmittel in das Eigentum der Arbeiterklasse und damit in Gemeineigentum überführt und die gesellschaftliche Produktion nach einem gemeinschaftlichen Plan organisiert wurde – dazu mussten zunächst die innere und äußere Konterrevolution niedergeschlagen und danach mehrere landwirtschaftliche und industrielle Probleme gelöst werden und gleichzeitig der gesamte Neuaufbau

³¹ Selbstverständlich ist es kein „Modell“. Es gibt keine unterschiedlichen „Modelle“ des Sozialismus und kann sie nicht geben. Der Sozialismus kann selbstverständlich nationale und historische Besonderheiten aufweisen, wie es auch dem Feudalismus eigen war und dem Kapitalismus eigen ist. Aber so, wie der Feudalismus überall auf der Welt, wo es ihn gab, Feudalismus war, der Kapitalismus heute überall auf der Welt, wo es ihn gibt, Kapitalismus ist, nämlich eine bestimmte Art der gesellschaftlichen Produktion und „Verteilung“ – hier in beiden ein je besonderes System der Ausbeutung – so wird der Sozialismus, wenn er in der Zukunft gesiegt haben wird, überall auf der Welt Sozialismus sein, nämlich eine sich auf der Grundlage des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln planmäßig entwickelnde, eine die kommunistische, klassenlose Gesellschaft - frei von Ausbeutung und antagonistischen Widersprüchen - anstrebende und diese großen Menschheitsziele zum Teil schon realisierende Übergangsgesellschaft sein, die sich bis zum endgültigen Sieg über den Imperialismus in harten Klassenkämpfen wird behaupten müssen.

der Gesellschaft im harten nationalen und internationalen Klassenkampf sowie im Zweiten Weltkrieg verteidigt und konsolidiert werden.

Das nennst Du „Stalins langen Schatten“. Ich würde das, wenn wir schon bei solchen Bildern sind, eher als Frühling der Völker bezeichnen.

Aber sehen wir weiter: In Deinen kurzen Ausführungen zur Grundkontur Deines angekündigten Beitrags gemeinsam mit Werner Roß kommt die Frage der Niederlage der Sowjetunion, der DDR und der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten in Europa nicht mit einem Wort vor – dementsprechend natürlich auch nicht die Frage nach der Niederlagenanalyse. Bitte verstehe, wenn ich das für sehr merkwürdig halte. Wie soll man denn einen neuen Anlauf zum Sozialismus konzipieren, wenn man die Analyse der Niederlagen, die die Arbeiterbewegung, die kommunistischen Parteien und der Sozialismus in Europa erlitten haben, nicht genauestens analysiert? Ein Satz wie der Deine: „In Stalins langem Schatten lässt sich keine neue kommunistische Bewegung aufbauen“ suggeriert, dass für all die Problemen und Niederlagen Stalin verantwortlich sei. Die Revisionismusforschung ignorierst Du dabei komplett, tust so, als habe es die Forschungsarbeiten und Publikationen von Kurt Gossweiler, Dieter Itzerott, Harpal Brar, Michael Opperskalski, Ludo Martens und anderen, die Artikel zu diesem Thema in der KAZ, den Weißenseer Blättern, der offen-siv, die Analysen der belgischen Partei der Arbeit und der griechischen KKE, die Publikationen in englischen, kanadischen, indischen u.a. kommunistischen Zeitschriften nie gegeben.

Und danach forderst Du, dass „die bestehenden Differenzen zwingend an eine **nachgeordnete** Stellen rücken“ sollen. Sie seien dann „später perspektivisch auf dem Boden der Klassiker bei Weiterentwicklung des Marxismus unter den Bedingungen unseres Jahrhunderts zu lösen“. Meinst Du wirklich, dass ohne Klarheit über die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung, ohne Klarheit über die Weichenstellungen, die beim 20. Parteitag der KPdSU vorgenommen wurden, ohne jede Analyse des Revisionismus und seiner Folgen irgendeine Zukunft zu gewinnen wäre?

Lieber Ingo Wagner, was Du so überzeugt als Beitrag zur Einheit ankündigst, dient der Spaltung und nicht der Einheit. Es gibt eine wissenschaftliche Weltanschauung, den wissenschaftlichen Sozialismus, und auf dessen Grundlage - und nur auf dessen Grundlage - ist Einheit möglich, weil sie sich auf wissenschaftliche Einsichten, also das wahre Abbild der Wirklichkeit bezieht. Wenn in diesen Zusammenhängen und auf dieser Grundlage diskutiert wird, geht es darum, die Wahrheit zu erfassen und der gesellschaftlichen Realität gerecht zu werden. Will man aber die Einheit der Kommunisten/innen auf Distanzierungen, Schwankungen, nicht weiter ausgeführte „zeitgemäße Sozialismusbilder“ oder ähnliches gründen, wird es keine Einheit geben können, denn der Streit, wie weit man sich dann vom Marxismus-Leninismus, von der

wissenschaftlichen Weltanschauung distanziert, welche Bruchstücke vielleicht noch Geltung haben sollen und was davon unbedingt entsorgt werden soll, ist einer solchen Einheitsbestrebung schon bei ihrer Geburt als ihr Tod in die Wiege gelegt. Du hast gerade die Entwicklung der Partei „Die Linke“ kritisiert. Ein Vorgehen wie das von Dir vorgeschlagene führte genau dorthin.

Die Zeitschrift offen-siv war und ist diskussionsfreudig. So haben wir ja auch die Schlussperspektive Deines jetzigen Beitrags nicht abgelehnt, und wir werden Deine angekündigte Arbeit (gemeinsam mit Werner Roß, wie Du schreibst) ebenso nicht ablehnen. Allerdings werden wir sie nicht als etwas Richtungsweisendes, sondern als etwas zu Diskutierendes und wahrscheinlich auch zu Kritisierendes aufnehmen. Wir halten das für gut, denn die Diskussion befördert die Klarheit.

Frank Flegel

Dieter Itzerott: Wie kann der Gedanke der Einheit reifen – meinen Artikel vom Oktober 2000 weiter gedacht

Ingo Wagner hat einige Andeutungen gemacht, die mich veranlassen, auf einige unverzichtbare Kernpunkte einer kommunistischen Einheit hinzuweisen.

Die politische Landschaft der BRD hat sich qualitativ verändert. Der Rechtsruck etablierter Parteien ist unverkennbar. Die Grünen sind inzwischen weder ökologisch noch basisdemokratisch und erst recht nicht friedlich, sie sind eine ganz normale bürgerliche Partei. Die als „linkssozialistische“ deklarierte Partei „Die Linke“ hat sich etabliert und im Kapitalismus eingerichtet. Im politischen Spektrum der antikapitalistischen Kräfte klafft eine Lücke. Nur die DKP und andere kommunistische Parteien, Gruppierungen oder Einzelpersonen vertreten heute in Deutschland wirklich linke Politik.

Es reifen inzwischen Bedingungen heran, die die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller kommunistischen Kräfte dieses Landes in einer einheitlichen KP auf die Tagesordnung setzen. Denn es wächst die Erkenntnis, dass organisatorische Zersplitterung und ideologische Zerfahrenheit Deutschlands kommunistische Bewegung daran hindern, in die Offensive zu gehen. Dieses Problem bewegt viele Genossen.

Eine Bemerkung aus persönlicher Sicht: Von der SED kommend bin ich nach Gysis Parteiputsch Ende 1989 aus der SED/PDS ausgetreten. Später wurde ich Mitglied der DKP, nachdem der Versuch fehlgeschlagen war, größere Teile der SED-Mitgliedschaft in einer KPD aufzufangen. Im Sinne der Beschlüsse des 12. Parteitag der DKP (Mannheim 1993) müsste man davon ausgehen, dass diese Partei im

Prozess der Zusammenführung aller kommunistischen Kräfte eine aktive Rolle spielen könnte. Dazu scheint allerdings auch der neue Vorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht in der Lage zu sein.

Ich möchte hier noch einen zweiten wichtigen Gedanken äußern: Die Orientierung auf den Zusammenschluss der Kommunisten ist eine Vorbedingung für das Zusammengehen aller Antifaschisten und Antiimperialisten. Eine starke KP mit Rückhalt im Volk könnte der Formierung eines breiten Bündnisses kräftige Impulse verleihen. Angesichts der sich abzeichnenden Zuspitzung des Klassenkampfes, der innerimperialistischen Widersprüche und der Kriegsgefahr besteht objektiv die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Partei.

Nüchtern ist aber auch zu registrieren, dass sich diese Erkenntnis in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften zur Zeit nur vereinzelt artikuliert. Illusionen von einer raschen Veränderung dieser Situation sind nicht angebracht. Die KP aber, um die es geht, kann man sich nur als Partei der Arbeiterklasse vorstellen. Ihre Hauptaufgabe ist es, politisches Bewusstsein in die Klasse hineinzutragen. Dazu muss sie unter den Arbeitern selbst verwurzelt sein. Das ist gegenwärtig – weder im Westen noch im Osten, sieht man von Ausnahmen ab – der Fall. Kommunisten mit hoher theoretischer Bildung, reichen Kampferfahrungen und bewiesener Standhaftigkeit sind heute in beiden Landesteilen der Arbeiterklasse kaum noch zugehörig. Die Gewinnung von Arbeitern, besonders junger Arbeiter, besitzt deshalb Vorrang.

Womit beginnen?

Es bedarf der Aufnahme eines sowohl regionalen wie auch bundesweiten Dialogs zwischen den kommunistischen Gruppierungen und Organisationen. Natürlich muss man die Frage aufwerfen: Wer soll in den Dialog einbezogen werden? der Meinungsaustausch müsste für alle sich als kommunistisch definierende Kräfte offen sein, die Partei „Die Linke“ hätte dabei nichts zu suchen. Der Dialog sollte vorurteilslos begonnen werden.

Insofern halte ich die Ausführungen Ingo Wagners im vorstehenden Artikel für sehr bedenklich. Er will die Debatte über die Inhalte auf später verschieben, denn er verlangt, „*daß die bestehenden kommunistischen Organisationsformen sich unabhängig von Differenzen an einer politischen Blockbildung beteiligen; die bestehenden Differenzen müssen zwingend an eine **nachgeordnete** Stelle rücken.*“ Erstens geht es so nicht, denn damit ist der Streit garantiert – und zweitens hält er sich selbst nicht an seine eigene Vorgabe, denn er stellt vorweg inhaltlich-theoretische Bedingungen, die einen großen Teil der kommunistischen Bewegung aus dem Prozess ausschließen würden. Wir bräuchten ein „*zeitgemäßes Sozialismusbild, das nicht ohne Extrapolati-*

on auf den Kommunismus erarbeitet werden kann“, man könne *„in Stalins langem Schatten ... keine neue kommunistische Bewegung aufbauen“* und wir bräuchten eine *„Weiterentwicklung des Marxismus unter den Bedingungen unseres Jahrhunderts“*.

Es ist schon als eine ziemliche Anmaßung zu bezeichnen, solche Bedingungen aufzustellen, ohne auf die Arbeiten von Kurt Gossweiler, Hans Heinz Holz und auch meiner Wenigkeit einzugehen. Wagner versucht hier, in einer spezifisch Art ideologischen Nebels Abschied zu nehmen von Lenins Parteitheorie. Diese aber ist epochal, nur sie hat die Kommunisten in die Lage versetzt, die Welt zu verändern. Deshalb ist es seitdem immer die Hauptlinie des Revisionismus gewesen, diese Leninsche Parteitheorie zu zerstören.

Ein Reifungsprozess hin zur Einheit der Kommunisten kann nach meiner Überzeugung nur erfolgreich sein, wenn es im dorthin führenden Diskussionsprozess Klarheit über die Rolle und Auswirkungen des 20. Parteitags der KPdSU, über die Entwicklung und Rolle des modernen Revisionismus und über die Funktion des so genannten Antistalinismus gibt.

Die historischen Fakten sind im Lichte der historischen und theoretischen Leistungen Stalins zu prüfen.

Wer diese Fragen von vornherein ausklammert, der will keine kommunistische Einheit, sondern eine neue Reformpartei.

Ich schlage deshalb - wie oben schon gesagt - vor, einen tatsächlich vorbehaltlosen Dialog zu eröffnen.

Das wird nicht leicht sein, da bisherige Erfahrungen zeigen, dass es Tendenzen des wechselseitigen Gegeneinander-Abschottens gibt, die schrittweise überwunden werden müssen. Förderlich wäre in diesem Zusammenhang auch die Verstärkung politischer Aktionen, die schon jetzt eine tragfähige Gemeinsamkeit erkennen lassen.

Verläuft der Dialog positiv, könnte ein Koordinationsbündnis als organisatorische Struktur für weitergehende Schritte geschaffen werden.

Die komplizierteste, aber unausweichliche Phase wäre dann die einen späteren Zusammenschluss vorbereitende Klärung des Charakters der Partei, ihrer theoretisch-ideologischen, politischen und organisatorischen Grundlagen. Publikationsorgane, Dokumente, Schriften usw. der heute bestehenden kommunistischen Gruppierungen und Parteien lassen erkennen, dass derzeit in grundlegenden Fragen erhebliche Differenzen bestehen. Verbale Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus und zu einigen der „Prinzipien“ dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die inhaltliche Interpretation oft deutlich voneinander abweicht.

Geduld, Hartnäckigkeit und Flexibilität werden erforderlich sein, um gemeinsam zu wissenschaftlich fundierten marxistischen Positionen zu gelangen. Gleichzeitig braucht es ein hohes Maß an revolutionärer Wachsamkeit. Bloßer Wille, ungeduldiger Maximalismus und blinder Aktionismus führen kaum zum Ziel. Die Klassenkampfpraxis und die Fähigkeit, auf Fragen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft überzeugende Antworten zu geben, werden der Prüfstein sein. Die Sache muss reifen. Das bedeutet nicht, sie dem Selbstlauf zu überlassen. Denn die Zeit sitzt uns im Nacken. Eine marxistisch-leninistische Partei, eine einheitliche und gemeinsame KP als Avantgarde der Arbeiterklasse, ist bitter nötig.

Wir sollten uns am Hinweis von Eric Hobsbawn (englischer marxistischer Historiker) orientieren, der hervorhob, dass Lenins geniale Innovation von der Partei neuen Typs in den Klassenauseinandersetzungen des 21. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle spielen wird.

Dieter Itzerott

Partei der Arbeit Österreichs

Presseaussendung der PdA: Partei der Arbeit Österreichs gegründet!

Otto Bruckner mit 98 Prozent zum ersten Vorsitzenden der PdA gewählt.

Am Samstag, den 12. Oktober 2013 wurde in Wien die **Partei der Arbeit Österreichs (PdA)** aus der Taufe gehoben. Auf ihrem Gründungsparteitag im Haus der Begegnung Rudolfsheim-Fünfhaus, an dem über 100 Mitglieder und Gäste teilnahmen, wurde die Gründungs- und Grundsatzerklärung und das Parteistatut einstimmig verabschiedet, ein 17-köpfiger Vorstand mit breiter Zustimmung gewählt und zahlreiche Anträge beschlossen.

Otto Bruckner (51) wurde in geheimer Wahl mit 98 % Zustimmung zum ersten Vorsitzenden der neuen Partei der Werktätigen gewählt. Seine Stellvertreter sind die Wiener Arbeiterkammerrätin **Selma Schacht** und der Autor **Tibor Zenker** (beide 37).

"Wir haben nichts überstürzt und wir haben viele Erfahrungen gesammelt. Wir haben uns andere Beispiele angesehen, Siege und Niederlagen der Arbeiterbewegung studiert. Und wir kamen zum Schluss: Die Arbeiter und mit ihnen alle Werktätigen, die Unterdrückten und Geknechteten, sie brauchen eine eigene, eine neue Partei, eine Partei, die Ihnen nicht nach dem Mund redet, sondern, die ihnen aus dem Herzen spricht!" so PdA-Vorsitzender Bruckner in seiner Eröffnungsrede.

Am Gründungsparteitag der PdA nahmen auch zahlreiche Vertreter kommunistischer und Arbeiterparteien Europas teil:

Gyula Thürmer, Vorsitzende der Ungarischen Arbeiterpartei (Munkáspárt)

Elisseos Vagenas, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) und Verantwortlicher für internationale Beziehungen

Astor García, internationaler Sekretär der Kommunistischen Partei der Völker Spaniens (PCPE)

Günter Pohl, internationaler Sekretär der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Volker Jung, Mitglied der internationalen Kommission des Parteivorstandes der DKP

Nazmi Ates, Vertreter der Kommunistischen Partei der Türkei in Österreich (TKP)

Weitere Gäste am Parteitag waren **Yahima Martínez**, politische Sekretärin der Botschaft der Republik Kuba in Österreich, **Hubert Scheibinger**, Vertreter der Redaktion der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ), **Nadir Aykut**, Vorsitzender der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative – International (KOMintern), **Robert Krotzer**, Bundesvorsitzender der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) und KP-Gemeinderat in Graz, **Lukas Fasching**, Bundesvorsitzender des Kommunistischen StudentInnenverbandes (KSV) und Mandatar in der ÖH-Bundesvertretung und **Hanno Wisiak**, Mitglied der Landesleitung der KPÖ Steiermark.

Ausführliche Informationen über die Partei der Arbeit und **Bilder vom Gründungsparteitag** finden Sie auf parteiderarbeit.at und facebook.com/ParteiDerArbeit.

Partei der Arbeit Österreichs

Partei der Arbeit Österreichs: Beschlüsse und Ergebnisse des PdA-Gründungsparteitages

Der 1. Parteitag der Partei der Arbeit Österreichs, der am 12. Oktober 2013 in Wien stattfand, hat zahlreiche Beschlüsse gefasst, die der neuen Partei einen ersten Rahmen geben. Diese Beschlüsse betreffen programmatische und strukturelle Grundlagen der Partei, die personelle Zusammensetzung des zentralen Leitungsorgans und der anderen Gremien bis zum nächsten Parteitag sowie eine Reihe von einzelnen Anträgen zu wichtigen Themenbereichen.

Inhaltliche, organisatorische und strukturelle Grundlagen

Die zentralen Beschlüsse des Parteitages sind jene der Hauptdokumente, d.h. der Gründungs- und Grundsatzklärung sowie des Parteistatuts. Diese bilden in inhaltlicher, organisatorischer und struktureller Hinsicht das Grundgerüst der PdA.

Der einstimmige Beschluss der Gründungs- und Grundsatzklärung markiert zudem die eigentliche Bildung der PdA auf Basis des Willens der Mitglieder des Gründungsparteitages – in Abschnitt I heißt es im Anschluss an die Präambel, in welcher der unzulängliche Status quo in der österreichischen Arbeiterbewegung analysiert und Notwendigkeit der PdA-Gründung abgeleitet wird, dementsprechend: „Aufgrund dieser Erwägungen wird hiermit die Gründung und Konstituierung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) erklärt.“ Und weiter: „Dieser formelle Akt steht nicht isoliert da: Er wurde zuvor theoretisch und praktisch ausführlich vorbereitet. Er verlangt danach selbstredend den weiteren gezielten strukturellen Auf- und Ausbau der Parteiorganisationen, die Entfaltung umfassender Tätigkeiten und Aktivitäten sowie die ständige Auseinandersetzung mit der Analyse, Strategie und politischen Praxis der PdA. Es versteht sich von selbst, dass eine neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht per Deklaration zu einer solchen wird, sondern dass sie sich durch konsequente Arbeit in und mit der Klasse, durch aufrichtige Teilnahme an ihren Kämpfen, durch ehrliche Interaktion mit den Massen entwickeln wird und muss.“

In den Abschnitten II bis V wird mit den „Grundsätzen“ eine programmatische Ausrichtung der PdA vorgenommen, womit inhaltliche, theoretische, ideologische und strategische Fragen erfasst werden. Die PdA wird in den Grundsätzen definiert als ArbeiterInnenpartei, als antikapitalistische Partei, als revolutionäre Partei des Klassenkampfes, als sozialistische und kommunistische Partei, als antiimperialistische, österreichische und internationalistische Partei, als antifaschistische und antimilitaristische Partei, als emanzipatorische, ökologische und demokratische Partei sowie als marxistisch-leninistische Partei. Unter den Zielen der PdA ist das Hauptziel der sozia-

listischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in Österreich hervorgehoben – als Beitrag zur weltweiten Überwindung des Kapitalismus. In diesem Sinne schließen die weiteren Ziele an: Die Befreiung der Arbeiterklasse, die Gleichheit der Menschen, die geschwisterlich-solidarische Gemeinschaft, die vollständigen demokratische Teilhabe und die politische Entscheidungsgewalt der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und dessen Kontrolle durch die an der Macht befindliche Arbeiterklasse sowie die gesellschaftliche Planung der Wirtschaft. Als Hauptaufgabe der PdA werden Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterklasse definiert. Weiters ist es die Aufgabe der PdA: die Verbindung mit den Massen zu organisieren und die Arbeiterklasse mit allumfassendem politischen Bewusstsein zu erfüllen; für positive Reformen zu kämpfen; den Kampf auch in bürgerlichen Institutionen zu führen; bündnisfähig zu sein; taktisch flexibel und beweglich zu sein. Und es ist die historische Aufgabe der PdA, für den Sozialismus zu kämpfen. – Die Gründungs- und Grundsatzserklärung schließt mit den Worten: „Die PdA verschmäht es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklärt mit ihren hier dargelegten Grundsätzen offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor der Revolution der Arbeiterinnen und Arbeiter zittern. Die Arbeitenden haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. – Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“

Das Statut der PdA, das im Anschluss ebenfalls einstimmig beschlossen wurde, bestimmt die Normen des Parteaufbaus und Parteilebens und orientiert sich an den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Es erteilt u.a Auskunft über den Zweck der Partei, über die Rechte und Pflichten der Mitglieder, über die Strukturierung in Grund-, Bezirks- und Landesorganisationen und deren Verhältnisse untereinander sowie über die Aufgaben der Parteiorgane und -gremien.

Wahlen zu den Parteigremien

Natürlich hat der Parteitag auch über die personelle Zusammensetzung der nötigen Gremien entschieden, nämlich über jene des Parteivorstands, der Kontrolle und des Schiedsgerichts. Alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden mit großen Mehrheiten – einige sogar mit 100% der Stimmen – gewählt.

Der Parteivorstand (PV) besteht aus 17 Mitgliedern, wobei auf eine möglichst repräsentative Vertretung der an der Parteigründung beteiligten Gruppen, nach Geschlecht und nach regionaler Herkunft Wert gelegt wurde. Bemerkenswert ist in jedem Fall der recht niedrige Altersdurchschnitt im PV. Einige Funktionen im PV wurden am Parteitag auch direkt gewählt, darunter der Vorsitzende Otto Bruckner, die stv. Vorsitzende

Selma Schacht sowie der stv. Vorsitzende und Sekretär Tibor Zenker. Der neue (und erste) PV ist bald nach Beendigung der Parteitage zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen, wobei er gemäß Statut und zur besseren administrativen Leitung zwischen den PV-Sitzungen aus seinen Reihen ein Sekretariat gewählt hat. Dieses besteht – nach einstimmiger Entscheidung – aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben Bruckner, Schacht und Zenker weiters David Lang, Heinz Pinta und Michael Wögerer an.

Außerdem am Parteitag wurden die drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der Kontrolle gewählt, deren Aufgabe es ist, die Finanzgebarung des Parteivorstandes zu prüfen und wiederum dem nächsten Parteitag darüber zu berichten. Das ebenfalls aus drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern bestehende Schiedsgericht hat über parteiinterne Streitfälle zu entscheiden, die von den Beteiligten nicht selbst zu lösen sind – ein Gremium, so war man sich am Parteitag einig, das in den kommenden Monaten und Jahren hoffentlich kaum Arbeit haben wird.

Beschlossene Anträge

Der Parteitag hat auch eine Reihe von Anträgen beschlossen, um einige wichtige Weichen für die kommende Arbeit zu stellen.

Von zentraler Bedeutung für den organisatorischen und strukturellen Aufbau der PdA war zunächst der Beschluss über die Einberufung von Landesmitgliederversammlungen in den nächsten Monaten. Bei diesen soll von den Mitgliedern in den einzelnen Bundesländern über die Einteilung und Zuordnung der Grundorganisationen und die Schaffung von Bezirks- und Landesorganisationen beraten werden. Diese werden sodann gemäß Statut von der nächsthöheren Instanz – das ist momentan noch bezüglich aller der Parteivorstand – eingerichtet und in weiterer Folge den verantwortlichen Leitungsgremien, die auf Konferenzen im jeweiligen Bereich zu wählen sind, übergeben.

Für die inhaltliche und strategische Orientierung der PdA sind drei weitere Beschlüsse von Bedeutung: Zur Erarbeitung eines umfassenden Parteiprogramms, das beim nächsten Parteitag die Grundsatzklärung ergänzen soll, wird vom Parteivorstand eine Programmkommission bestellt werden. Für die Festlegung des Aktionsprogramms, zu dem einige Vorarbeiten vorliegen, ist der Parteivorstand direkt verantwortlich. Außerdem wurden einige Überlegungen zu aktionskonzeptionellen Fragen angestellt und entsprechende Leitlinien umrissen.

Der Parteivorstand wird zwei weitere Kommissionen einzurichten haben: Einerseits eine Bildungskommission, die sich der Organisation der marxistisch-leninistischen

Schulungsarbeit annehmen soll; andererseits eine Zeitungskommission, die ein Printmedienkonzept für das PdA-Zentralorgan zu entwickeln haben wird.

Der Antrag „Den Klassenkampf vorantreiben – KOMintern aktiv unterstützen!“ widmete sich dem Verhältnis von PdA und Kommunistischer Gewerkschaftsinitiative – International (KOMintern). Darin wurde festgehalten, dass die PdA mit ihren Strukturen und Mitgliedern als tragende Säule der Organisation zu fungieren hat und dass KOMintern ein zentrales Mittel der Arbeit in und mit der Klasse ist. Die PdA wurde darauf festgelegt, dass in den kommenden Monaten der Antritt von KOMintern bei den AK-Wahlen in Wien, Niederösterreich und Tirol eine Hauptaufgabe der Partei sein muss.

Ein weiterer Antrag beschäftigte sich mit dem Verhältnis der PdA zu den Jugendorganisationen KJÖ (Kommunistische Jugend Österreichs) und KSV (Kommunistischer StudentInnenverband). Beide werden als enge Bündnispartner der PdA definiert, die solidarisch zu unterstützen sind, ohne dabei die Eigenständigkeit der kommunistischen Jugendorganisationen zu missachten.

Die beiden abschließenden Anträge befassten sich mit internationalistischen Agenden. Einerseits wurde der bereits am 1. Oktober dieses Jahres erfolgte Beitritt der PdA zur damals neu gegründeten „Initiative der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ bekräftigt und die aktive Mitarbeit in dieser Struktur beschlossen. Beides steht im Einklang der PdA mit ihren Positionen zur Europäischen Union, die sie als imperialistisches Bündnis ablehnt. Zu guter Letzt wurde andererseits die aktive Solidarität der PdA mit dem sozialistischen Kuba unterstrichen, die unter den Gesichtspunkten des proletarischen Internationalismus und des Antiimperialismus zu erfolgen hat.

Partei der Arbeit Österreichs

Tibor Zenker: Referat zur Gründungs- und Grundsatzzerklärung der PdA

Wir befinden uns nun bei jenem Tagesordnungspunkt, der heute in zweierlei Hinsicht ganz zentral ist, denn nun geht es um die Diskussion und den Beschluss der Gründungs- und Grundsatzzerklärung der PdA.

Dieses Dokument bzw. der nun vorliegende Entwurf desselben wurde seit Februar dieses Jahres breit und umfassend diskutiert, abgeändert und ergänzt. Es ist daher

wohl nicht notwendig, dass ich den Inhalt jetzt noch einmal in aller Präzision darlege, denn er ist euch bekannt. Ich möchte stattdessen auf die zweifache Bedeutung dieses Tagesordnungspunktes eingehen.

Der erste Abschnitt des Dokuments markiert die eigentliche Gründung der PdA – nach der behördlichen Anmeldung am 12. Februar 2013. Damit soll eine gravierende Lücke geschlossen werden. Nämlich jene Lücke, die die Sozialdemokratie schon vor einhundert Jahren und die KPÖ in den letzten Jahren endgültig – und jeweils aus freien Stücken – hinterlassen haben. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es in Österreich keine bundesweite revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, denn es gibt keine Partei, die dies sein will. Und dieses Manko wird heute durch die Gründung der PdA behoben: Weil es notwendig ist, weil wir es wollen und weil wir es können.

Der Beschluss der Gründungserklärung schließt somit einen Prozess ab, der im Jahr 2005 begonnen wurde und der in den letzten beiden Jahren intensiviert wurde. Doch dieses „Ende“ ist in Wirklichkeit ein Anfang. Die bloße Proklamation der PdA macht diese noch nicht zur notwendigen revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Sie wird aber dazu werden, durch die aufrichtige Teilnahme an den Kämpfen der Arbeiterklasse, durch die Verbindung mit der Klasse, durch die Mobilisierung, Schulung und Organisierung der Klasse. Das ist eine große Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu erledigen ist. Aber klar ist: Sie wird unerledigt bleiben, wenn sie nicht angegangen wird – und deshalb sind wir heute hier und deshalb werden wir auch bleiben, bis die Aufgabe erfüllt ist.

Des Weiteren benötigt die revolutionäre Partei entsprechende ideologische und strategische Grundlagen, inhaltliche Grundsätze und programmatische Ziele. In der Gründungs- und Grundsatzklärung sind in den Abschnitten zwei bis vier einige davon benannt, was die zweite Bedeutung dieses Dokuments markiert.

Hier heißt es zu allererst: Die PdA soll eine Partei der arbeitenden Menschen sein – und dies muss sie auch organisch werden. Sie wird nicht stellvertretend für die Klasse Politik machen können, sondern sie wird die arbeitenden Menschen in jeder Hinsicht dazu befähigen müssen, selbst für ihre Interessen einzutreten und zu kämpfen. Das muss gelingen, um tatsächlich von einer Arbeiterpartei sprechen zu können.

Die PdA soll eine antikapitalistische Partei sein. Sie wird sich nicht damit begnügen können, nur hier oder dort für Verbesserungen im Kapitalismus zu kämpfen, sondern sie muss den Widerspruch an der Wurzel benennen und dort packen: An der Eigentumsfrage. Es wird keine für uns annehmbare Gesellschaft geben, ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben. Und wir wissen auch, dass der Weg dorthin über den revolutionären Klassenkampf führt – wer sich nicht zu diesem be-

kennt und auch fähig wird, ihn zu organisieren und zu führen, wird seine Ziele nicht erreichen können. Wir sagen in den Grundsätzen auch, die PdA solle eine sozialistische und kommunistische Partei sein – nicht aus Opportunismus oder Verwirrung, sondern um den Opportunismus und die Verwirrung zu bekämpfen. Die PdA ist eine sozialistische Partei, weil sie für die sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus kämpft. Sie ist eine kommunistische Partei, weil das befreiende Ziel der Menschheit schließlich die klassenlose Gesellschaft, der Kommunismus sein wird. In diesem Sinne – nämlich im Wortsinne – reklamieren wir diese beiden Wörter wieder für uns, nachdem sie von der SPÖ und der KPÖ geradezu ad absurdum geführt wurden, denn an beiden ist nichts sozialistisch und nichts kommunistisch. Und das bedeutet übrigens auch, dass es nicht der Anspruch der PdA sein kann, einfach nur die „bessere KPÖ“ zu sein – deren Konkursmasse ist ein Nebenschauplatz –, sondern ihr muss das gelingen, woran die KPÖ (trotz zwischenzeitlicher, durchaus bemerkenswerter und wichtiger Erfolge) über 90 Jahre lang gescheitert ist: nämlich am Aufbrechen des durchdringenden Einflusses der Sozialdemokratie. Nicht primär, aber im Unmittelbaren auch deshalb, weil wir zuletzt – bei der Nationalratswahl – wieder gesehen haben, was ansonsten geschieht: Es entstehen Resonanzräume für die Lügen und den Betrug der Rechten und Rechtsextremen, im Konkreten gegenwärtig für die FPÖ, im Großen gesehen letztlich für den Faschismus.

Ich streife nur kurz, was die PdA außerdem sein muss und was sie bewerkstelligen muss: Sie wird definiert als antiimperialistische, als österreichische und internationalistische Partei, als antifaschistische und antimilitaristische Partei, als emanzipatorische, ökologische und demokratische Partei sowie – nur in der Aufzählung zuletzt – als marxistisch-leninistische Partei. Unter den Zielen der PdA ist das Hauptziel der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in Österreich hervorgehoben – als Beitrag zur weltweiten Überwindung des Kapitalismus. In diesem Sinne schließen die weiteren Ziele an: Die Befreiung der Arbeiterklasse, die Gleichheit der Menschen, die geschwisterlich-solidarische Gemeinschaft, die vollständigen demokratische Teilhabe und die politische Entscheidungsgewalt der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und dessen Kontrolle durch die an der Macht befindliche Arbeiterklasse sowie die gesellschaftliche Planung der Wirtschaft. Als Hauptaufgabe der PdA werden Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterklasse definiert. Weiters ist es die Aufgabe der PdA, die Verbindung mit den Massen zu organisieren und die Arbeiterklasse mit allumfassendem politischen Bewusstsein zu erfüllen; für positive Reformen zu kämpfen; den Kampf auch in bürgerlichen Institutionen zu führen; bündnisfähig zu sein; taktisch flexibel und beweglich zu sein. Und es ist die historische Aufgabe der PdA, für den Sozialismus zu kämpfen. – In diesem Kreise, der sich

heute hier versammelt hat, sind dies alles so gut wie selbstverständliche Dinge. Denn dafür, dass diese Inhalte einer Partei wieder selbstverständlich sind, genau dafür gründen wir ja die PdA.

Wir haben damit einiges an Verantwortung übernommen. Aber das müssen wir auch. Niemand wird sie uns abnehmen, niemand will sie uns abnehmen – aber viele, v.a. die Mächtigen, werden dagegen angehen, und dies umso vehementer, je mehr Fortschritte wir machen.

Und deshalb will euch noch Folgendes mit auf den Weg geben: Unser Feind ist groß und mächtig. Unsere eigenen Stellungen sind momentan noch schwach und angreifbar. Wer keinen Charakter hat, keinen Mut, keine Überzeugung und nicht das Werkzeug des Marxismus-Leninismus, der wird vor einer solchen Ausgangslage zurückschrecken und leicht verzweifeln. Wir tun das nicht, denn wir sind aus anderem Holz geschnitzt. Wir wissen, was wir brauchen – denn das ist die Partei, die wir gründen. Wir wissen, wofür wir stehen, dann das sind die Grundsätze, die wir beschließen. Und wir wissen, was zu tun ist, denn auch das haben wir bereits umrissen. An diesen Aufgaben arbeiten wir heute, arbeiten wir morgen – und so lange, bis der Feind am Boden liegt. Den ersten, kleinen Schritt der hier anwesenden Menschen in diese Richtung markiert der heutige 12. Oktober. Es liegt an uns, dass es ein großer Schritt für die österreichische Arbeiterklasse wird.

Tibor Zenker

Redaktion offen-siv: Grußbotschaft an den Gründungs- parteitag der PdA

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir beglückwünschen Euch zur Gründung der Partei der Arbeit Österreichs!

Selbstverständlich machte der Niedergang der KPÖ diesen Schritt notwendig. Euer riesengroßer Verdienst liegt darin, diese Notwendigkeit erfolgreich in die Praxis umgesetzt zu haben, was, wie wir wissen, sehr schwierig ist. Dank eines klugen Kurses bei der Sammlung der Genossinnen und Genossen, einer immer aufrichtigen und grundsätzlichen Diskussion und einer gründlichen Vorbereitung habt Ihr es geschafft, heute die so dringend erforderliche Organisation, die Partei der Arbeit als die kommunistische, marxistisch-leninistische Partei Österreichs gründen zu können.

Mit diesem Erfolg könnt Ihr Vorbild sein für andere Länder des imperialistischen Europas und vielleicht auch darüber hinaus.

Wir wünschen Euch eine intensive Beratung, gute Beschlüsse und für die Zukunft weitere Erfolge.

Redaktion offen-siv, Hannover, BRD

Resonanz

Fritz Dittmar: Kommentar zu Rozsnyais Beitrag in dem Sonderheft „Ungarn“

Ervin Rozsnyais (ER) Artikel verdient ein entschiedenes „Einerseits – Andererseits“, so wie es auch in seinem Text enthalten ist.

Einerseits: Nach ERs Auffassung haben wir noch keinen Sozialismus erlebt, sondern nur Vorstufen davon. Das versucht er ökonomisch zu untermauern. Zur Frage, ob im Realsozialismus die Arbeitskraft eine Ware geblieben ist, schreibt ER:

„Nein, die Arbeitskraft ist...keine Ware. Ist doch der Arbeiter...Besitzer der Produktionsmittel, wenn auch...durch die Vermittlung des Staates...Andererseits: Ja, die Arbeitskraft ist Ware, man kauft und verkauft sie auf dem Arbeitsmarkt,...(dort) wirken die Gesetze des Arbeitsmarkts auf ihren Preis.“

Dem ist zu erwidern: „Ware“ hat nach Marx „Wert“, ein Maß für die in ihr enthaltene durchschnittliche Arbeitsmenge, die sich durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt realisiert. Zum Marktmechanismus gehört die Freiheit der Teilnehmer, Kauf und Verkauf zu tätigen oder zu unterlassen.

Dies alles trifft auf die „Ware Arbeitskraft“ (wie auch für die „Ware“ im Allgemeinen) im Realsozialismus nicht mehr zu. So hatte in der DDR der „Käufer der Arbeitskraft“ nicht das Recht, den „Kauf“ zu verweigern. Das war geltendes Recht (Recht auf Arbeit) und reale Praxis (Vollbeschäftigung). Aber auch den „Verkauf“ konnten die Arbeitskraftbesitzer nicht verweigern, weil sie keine anderen Einkommensquellen hatten. Der „Preis“ (der Lohn) wurde nicht auf dem Markt ermittelt, sondern in Absprache mit den Gewerkschaften geregelt. Diese waren aber Teil der Arbeitermacht

und verfolgten im Prinzip nicht die Durchsetzung von Partikularinteressen auf Kosten der Gesamtgesellschaft.

Die Behauptung, beim Realsozialismus habe es sich nur um eine Vorstufe zum Sozialismus gehandelt, begründet ER darüber hinaus mit den ideologischen Auswirkungen der überwundenen Klassengesellschaften: dem Egoismus und dem Bestreben, möglichst wenig Arbeit für die Gesellschaft zu leisten und möglichst viele Güter zu erhalten, aus dem kleinbürgerlichen Bewusstsein, das in den Köpfen weiter vorherrscht. Hierzu ein methodischer Einwand: Der Marxismus teilt die Gesellschaftsformationen nach der vorherrschenden Produktionsweise ein und nicht nach dem vorherrschenden Bewusstsein. Dieses wird vielmehr von der Produktionsweise bestimmt, schleppt aber auch Elemente älterer Bewusstseinsformen mit. So herrscht heute bei vielen Menschen eine religiöse Vorstellung vor, die feudale oder noch ältere gesellschaftliche Verhältnisse abbildet, zum Beispiel das katholische Christentum. Dennoch befinden wir uns heute im späten Kapitalismus und nicht in seinen Vorstufen.

Andererseits: Die gesellschaftlich zersetzenden Elemente, die im Realsozialismus vorhanden sind (Distanz zwischen dem Arbeiter als Individuum und dem Staat der Arbeiter als Organisation der Klasse, ungleiche Löhne für gleiche Arbeitsmengen, Möglichkeit, sich privat materielle Vorteile zu verschaffen), beschreibt ER zutreffend und analysiert ihre politisch zersetzenden Wirkung richtig. Auch seine Folgerung, gegen diese Elemente der Zersetzung den politischen Kampf der Massen zu organisieren und entschlossen zu führen, überzeugt mich. Hierzu ein Zitat von Mao Tse-Tung: „Der Imperialismus so wie alles Reaktionäre verschwindet nicht von allein, so wie der Dreck dort nicht von selbst verschwindet, wo der Besen nicht hin langt.“

Die DDR-Führung dagegen sah den Klassenkampf im Inneren als gewonnen an. Sie verließ sich darauf, dass die sozialistischen Verhältnisse die bürgerlichen Bewusstseinsformen und Verhaltensweisen von allein verschwinden lassen würden und der Klassenkampf nur noch in der Verteidigung gegen den äußeren, imperialistischen Feind zu führen sei.

Das war sicher kein Verrat am Sozialismus, hatte aber zur Folge, dass die zersetzenden Elemente sich entfalten konnten, die Hegemonie errangen und zuletzt sogar die revolutionäre Partei paralyisierten und bewussten Verrätern entscheidenden Einfluss ermöglichten.

Fritz Dittmar, 13.11.2013

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt